

Jürgen Dierkes

Wie Rendsburgs Ruf in der Welt Schaden nahm: die HIAG-Treffen in den 1960er Jahren

„Wir protestieren dagegen, dass eine verbrecherische Organisation wie die Waffen-SS heute in neuer Form aktiv werden kann und damit unsere junge Demokratie und ihr Ansehen im Ausland aufs Schwerste belastet.“¹

Protestschreiben wie dieser Auszug aus einem Telegramm der Humanistischen Union, Ortsverband Heidelberg – Ludwigshafen – Mannheim, trafen im Herbst 1965 in größerer Zahl im Rendsburger Rathaus ein. Die Empfänger drückten ihre Empörung über ein Treffen ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS aus, das am 24. Oktober 1965 in der Kreisstadt im Herzen Schleswig-Holsteins stattfinden sollte. Bereits seit 1954 veranstaltete die Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS e.V. (HIAG)² einmal im Jahr in



Veteranen der Waffen-SS kamen in den 1950er und 1960er Jahren in Rendsburg zu großen Jahrestreffen zusammen. 1965 stellte der Senat der Stadt Rendsburg für die Zusammenkunft die städtische Nordmarkhalle zur Verfügung. (Nachweis: AGIS-Pressedienst Hamburg, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68)

- 1 Telegramm Humanistische Union Ortsverband Heidelberg – Ludwigshafen – Mannheim an den Bürgermeister und Senat der Stadt Rendsburg, 23. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68. Die Humanistische Union versteht sich als linksliberale Organisation, die sich seit ihrer Gründung 1961 für die Durchsetzung von Bürgerrechten stark macht. Dazu ausführlich Thymian Bussemer/Alexander Camman (Hrsg.): *Freiheitsrechte durchsetzen, Grundrechte einfordern, in Freiheit leben. Der Humanistischen Union zum 40. Gründungsjubiläum.* Berlin 2001.
- 2 Nachdem die HIAG von der Wissenschaft lange Zeit eher stiefmütterlich behandelt worden war, setzte sich Karsten Wilke intensiv mit dieser Organisation auseinander. Herzstück seiner Forschungen ist die

Rendsburg weitgehend unbehelligt die Zusammenkünfte. Lediglich am ganz linken Rand regten sich Proteste. Das änderte sich mit dem Treffen 1964, das vor allem zu lokalen Auseinandersetzungen führte, und insbesondere 1965: Bereits im Vorfeld der Veranstaltung kam es zu massiven Protesten im In- und Ausland. Entsprechend groß war das mediale Interesse: Das Treffen fand unter großem Aufgebot in- und ausländischer Journalisten statt. In den Folgetagen berichteten Zeitungen und TV-Sender in Europa und in den USA ausführlich darüber. Rendsburg wurde darin oftmals – wenig schmeichelhaft – als die „Hochburg der Waffen-SS“ charakterisiert. – Die Rendsburger HIAG-Treffen sind ein Musterbeispiel für eine lokale Auseinandersetzung, die internationale Dimensionen erlangte.

Dieser Beitrag will die Debatten nachzeichnen, ihre Dynamik ergründen und die auslösenden Faktoren unter die Lupe nehmen. Am Beispiel der HIAG-Treffen soll außerdem ergründet werden, wie Teile von Politik und Gesellschaft stärkere Sensibilität für die NS-Verbrechen erlangten und die Zeit von 1933 bis 1945 zunehmend kritisch hinterfragten.

Abschließend soll am konfliktbeladenen Beispiel der Städtepartnerschaft zwischen Rendsburg und dem französischen Vierzon aufgezeigt werden, welche Auswirkungen die Auseinandersetzungen auf die von Rendsburg gepflegten internationalen Beziehungen zeitigte – immerhin hatte sich die Stadt an der Eider schon im ersten Nachkriegsjahrzehnt für die Völkerverständigung stark gemacht und war als eine der ersten Kommunen nördlich der Elbe eine deutsch-französische Städtepartnerschaft eingegangen.

Die Treffen der HIAG: Politische Forderungen und Kameradschaftspflege

Ab Ende der 1940er Jahre entstanden in Westdeutschland die ersten lokalen und regionalen Organisationen von Veteranen der ehemaligen Waffen-SS. Die Keimzelle war Hamburg, wo 1948/49 die erste „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ entstand.³ In Schleswig-Holstein wurde 1953 ein Landesverband gegründet.⁴ Fortan zählte das nördlichste Bundesland zu den bundesweiten Organisationsschwerpunkten der HIAG:⁵ Ab dem Folgejahr lud der Verband

Monographie Karsten Wilke: Die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ (HIAG) 1950–1990. Veteranen der Waffen-SS in der Bundesrepublik. Paderborn u. a. 2011. Daneben verfasste er mehrere Aufsätze, u. a. Karsten Wilke: Veteranen der Waffen-SS in der frühen Bundesrepublik. Aufbau, gesellschaftliche Einbindung und Netzwerke der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“. In: Jan Erik Schulte/Michael Wildt (Hrsg.): Die SS nach 1945. Entschuldungsnarrative, populäre Mythen, europäische Erinnerungsdiskurse. Göttingen 2018, S. 75–97; des Weiteren Karsten Wilke: Die Waffen-SS. Deutungsmuster der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ (HIAG) und andere Apologien. In: Martin Langebach/Michael Sturm (Hrsg.): Erinnerungsorte der extremen Rechten. Wiesbaden 2015, S. 157–175; sowie Karsten Wilke: Geistige Regeneration der Schutzstaffel in der frühen Bundesrepublik? Die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS“ (HIAG). In: Jan Erik Schulte (Hrsg.): Die SS, Himmler und die Wewelsburg. Paderborn u. a. 2009, S. 433–448.

3 Vgl. Wilke: Hilfsgemeinschaft, S. 37–50. Wilke stellt auch die Organisationsgeschichte von dezentralen Einheiten über die Einrichtung einer Bundesverbindungsstelle bis zur Schaffung eines gemeinnützigen Vereins, den „Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V.“, in Kurzform „HIAG-Bundesverband“, dar.

4 Vgl. ebd., S. 47.

5 Vgl. ebd., S. 39.

»Waffen-SS leistete heeresgleichen Dienst«

10. Nordmarktreffen des HIAG-Landesverbandes — Vertreter der drei Parteien: Gleichsetzung mit den Soldaten der ehem. Wehrmacht

(ze). „Die Waffen-SS hat mit den Ausschwitz-Verbrechen nichts zu tun!“ Diese für die Öffentlichkeit bestimmte Erklärung gab HIAG-Landessprecher Schäfer gestern auf dem 10. Nordmarktreffen der Hilfsgemeinschaft der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS im überfüllten Schützenhof ab. Sie kehrte wieder in allen Ansprachen, auch in denen der Sprecher der drei im Bundestag vertretenen Parteien. Einig waren sich MdB Glüsing (CDU), MdB Eisenmann (FDP) und MdL Stams (SPD), gleichfalls in der Frage der 131er-Gesetzgebung. Die Mitglieder der ehem. Waffen-SS müßten ebenso wie die Soldaten der ehemaligen Wehrmacht behandelt werden!

Nach einem Schweigemarsch zum Ehrenmal der nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen im Kindergarten, an dem annähernd 350 HIAG-Mitglieder teilnahmen, ging Landesvorsitzender Schäfer am Nachmittag im Schützenhof auf die Begleitumstände dieses 10. Treffens ein. Er dankte der Stadt Rendsburg, daß sie ungeachtet einiger Beeinflussungsversuche erneut Gastfreundschaft gewährt habe. Mit großem Applaus nahmen die Zuhörer die briefliche Mitteilung Bürgermeister Beisenkötters auf, daß der Senat für das HIAG-Treffen die mittlere Stadtbeflagung angeordnet habe.

Als erster Sprecher übermittelte Rats Herr Kortum die Grüße der Stadt. Prinz Ferdinand zu Schleswig-Holstein, Landesvorsitzender des Deutschen Soldatenbundes Kyffhäuser, überreichte anschließend eine Modell-Ruderpinne als „Symbol der Kameradschaft“ zur HIAG und sprach die Hoffnung aus, daß auch in den anderen Bundesländern die demokratische Haltung der HIAG-Mitglieder erkannt werde. Der VdK-Landesvorsitzende Kappert betonte die soziale Gemeinsamkeit, anlässlich des 10. Treffens übergab er Schäfer ein Gemälde der Eiderlandschaft Rendsburgs.

HIAG-Bundessprecher Erich Eberhardt bezeichnete in seinem Referat die Beteiligung am DRK-Suchdienst als die wichtigste Aufgabe der Hilfsgemeinschaft. Um den falschen Vorstellungen in der Öffentlichkeit zu begegnen, sei gegenwärtig eine Dokumentation über die ehemalige Waffen-SS in Arbeit, an der wissenschaftliche Institute des In- und Auslandes beteiligt seien. „Man soll uns nicht loben, aber auch nicht zu Staatsfeinden machen“, erklärte er und forderte ebenfalls im Hinblick auf das 131er-Gesetz eine gleiche Behandlung.

MdB Glüsing, CDU, ging in seiner Grußansprache auf den Hinweis Schäfers ein, daß Bonn 40 Millionen DM als Wiedergutmachung an Italien gezahlt habe, wobei ehemalige Partisanen die Nutznießer seien. Wenn das der Fall sei, distanzieren er sich natürlich von diesem Schritt. MdB Eisenmann, FDP, erklärte, es müsse endlich Schluß sein mit der doppelzüngigen Moral für Sieger und Besiegte. Die Waffen-SS habe im übrigen heeresgleichen Dienst geleistet, diese Tatsache müsse allmählich allerorten bekannt sein.

MdL Stams, SPD, wies darauf hin, daß bei vielen Menschen der Begriff SS ein furchtbarer sei und man nur schwer zwischen Wachmannschaften

und Waffen-SS unterscheiden könne. Die HIAG als Hilfsgemeinschaft sollte sich auf die Hilfe untereinander beschränken.

Über 1000 Mitglieder wohnten der Veranstaltung im Schützenhof bei. Unter ihnen auch 40 Dänen, Nordschleswiger, 20 Niederländer und Mitglieder aus Flandern. Zu den anwesenden Gästen gehörte auch Oberst Warnecke vom Wehrbereichskommando 1. Das Treffen nahm einen ruhigen und ungestörten Verlauf.

VVN-Protest gegen HIAG-Treffen

Aus Protest gegen die Durchführung des HIAG-Treffens hatte schon am Sonnabend die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) Schleswig-Holstein eine Kundgebung durchgeführt. Nach einem Fackelzug vom Paradeplatz zum Schloßplatz sprachen der Landesvorsitzende Kristen und der Landessekretär Lorenzen zu den etwa 300 Teilnehmern aus dem ganzen Lande.

Kristen verlas den Brief der britischen Organisation „Verteidigungskomitee für die Opfer der Naziverfolgung“ an Bundeskanzler Erhard, in dem — wie wir berichteten — das Verbot aller SS-Treffen gefordert wird. VVN-Landessekretär Lorenzen erklärte anschließend, der Begriff SS müsse endgültig aus der deutschen Sprache verschwinden. Es sei unverständlich, daß einerseits Prozesse gegen Mitglieder der SS geführt würden, während andererseits derartige Treffen möglich seien. Die Teilnehmer wären keineswegs „honorige“ Leute.

Die Polizei hatte, um eventuellen Zwischenfällen begegnen zu können, Verstärkung durch Beamte der Bereitschaftspolizei Eutin angefordert. Das über 30 Mann starke Kontingent mußte jedoch nicht einschreiten, die Kundgebung verlief ohne Störungen.

*

Rendsburg, den 26. Okt
Ordnungsamt

XXXXXXXXXX

Ausschnitt aus der Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung vom 26. Oktober 1964: Mit der Formel „Waffen-SS leistete heeresgleichen Dienst“ schuf die HIAG den Mythos, nicht mit den SS-Verbrechen in Einklang zu stehen. (Nachweis (wie alle im Folgenden zitierten Zeitungsartikel): StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954-68)

jährlich im Herbst zu den so genannten „Nordmarktreffen“ in die zentral im Land gelegene Kreisstadt Rendsburg ein.⁶ Sie fanden von 1954 bis 1965 in Rendsburg statt. 1966 und 1967 wurde die Veranstaltung auf dem in der Nachbargemeinde Osterrönfeld liegenden Messengelände der Stadt Rendsburg durchgeführt, bevor sie 1968 nach Husum umzog.⁷

Die Treffen liefen stets nach einem ähnlichen Muster ab: Nach einem Schweigemarsch⁸ zum Mahnmal der Stadt Rendsburg am Sonntagvormittag um 11 Uhr, für den die mittlere Stadtbeflaggung angeordnet wurde,⁹ folgte ein Mittagessen im Schützenhof, wo sich auch das offizielle Programm mit Grußworten und einem Hauptreferat, das üblicherweise der Bundessprecher der HIAG übernahm, anschloss.¹⁰ Das Treffen wurde regelmäßig genutzt, um politische Ziele zu artikulieren. Vornehmlich ging es um die Forderung nach Gleichstellung mit den Soldaten der Wehrmacht, um eine finanzielle Besserstellung der ehemaligen Mitglieder der Waffen-SS zu erreichen. Gleichzeitig dienten die Zusammenkünfte der „Lobbyarbeit“ für die eigene Reputation. Für beide Ziele wurde die Formel „Waffen-SS leistete heeresgleichen Dienst“¹¹ herangezogen und der Versuch einer klaren Abgrenzung von der gesamten SS unternommen.¹² So betonte HIAG-Landessprecher Willy Schäfer auf dem „Nordmarktreffen“ 1964: „Die Waffen-SS hat mit den Auschwitz-Verbrechen nichts zu tun.“¹³ Durch den Urteilsspruch der

6 Vgl. Schreiben HIAG Landesverband Schleswig-Holstein an die Stadtverwaltung Rendsburg, 5. September 1954; sowie Stadt Rendsburg, Örtliche Ordnungsbehörde, Erlaubnis, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68. Im zuletzt angeführten Dokument wurde der HIAG genehmigt, einen Umzug durch die Stadt durchzuführen.

7 Die Rendsburger HIAG-Treffen, insbesondere die Auseinandersetzungen Mitte der 1960er Jahre, sind sehr gut dokumentiert in StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68. Soweit nicht näher präzisiert, beziehen sich die Informationen dieses Textes auf diverse Dokumente dieser Akte.

8 Zur Eroberung des öffentlichen Raumes durch die HIAG mit dem Rendsburger Schweigemarsch, dessen potenzielle bedrohliche Wirkung und die Erinnerung an die Propagandaumzüge der SA siehe Wilke: Hilfspolizei, S. 254–261, insbesondere S. 260f.

9 Für das Jahr 1964 ist dies zweifelsfrei belegt: Bürgermeister Beisenkötter bat den Senat um Zustimmung und informierte anschließend HIAG-Landessprecher Schäfer, dass er die Beflaggung angeordnet habe. Die Quellen suggerieren, dass hier einem guten Brauch früherer Jahre gefolgt wurde. Vgl. Sitzung des Senats der Stadt Rendsburg vom 19. Oktober 1964; sowie Schreiben Bürgermeister von Rendsburg an HIAG-Landessprecher Willy Schäfer, 23. Oktober 1964, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

10 Diese Informationen lassen sich aus der Korrespondenz zu den Veranstaltungen ableiten. Für die Jahre 1962 und 1963 liegt außerdem je ein Exemplar der Einladungskarte vor; siehe StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

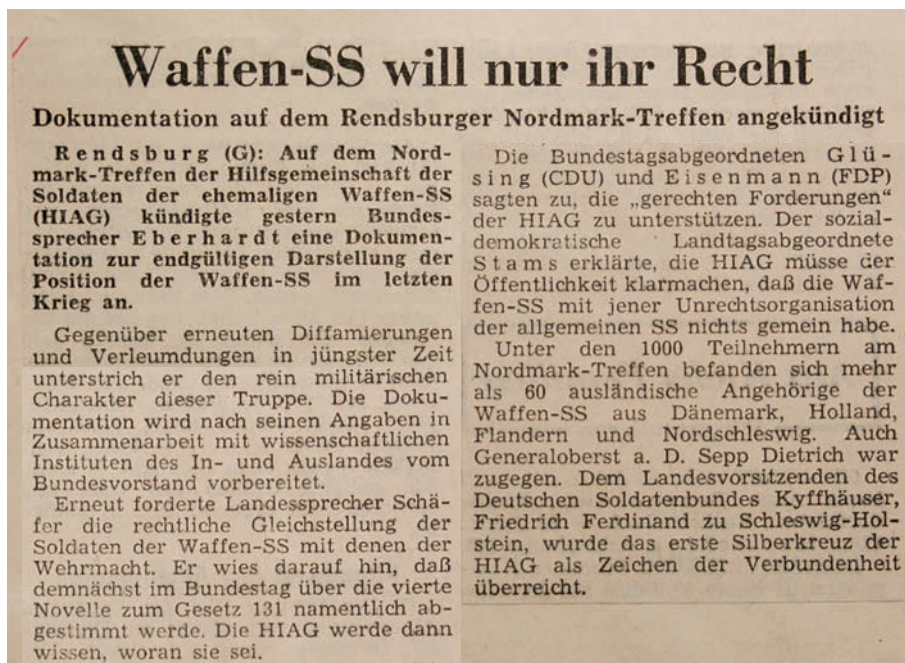
11 Diese Überschrift eines Presseberichts über das „Nordmarktreffen“ 1964 gab laut Verfasser nicht nur die Forderung der HIAG wieder, sondern soll gleichzeitig Konsens unter den anwesenden Bundestagsabgeordneten Glüsing (CDU) und Eisenmann (FDP) sowie SPD-MdL Stams gewesen sein. Vgl. (ze): „Waffen-SS leistete heeresgleichen Dienst“, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 26. Oktober 1964. Genauso die Darstellung in den Kieler Nachrichten; vgl. (G): Waffen-SS will nur ihr Recht, Kieler Nachrichten vom 26. Oktober 1964.

12 Zur Geschichte des bis heute in Deutschland präsenten Mythos, die Waffen-SS sei eine militärische Elitetruppe ohne Berührungspunkte mit den Verbrechen der SS gewesen, siehe Jens Westermeier: „Soldaten wie andere auch!“ Der Einfluss von SS-Veteranen auf die öffentliche Wahrnehmung der Waffen-SS. In: Schulte/Wildt (Hrsg.): SS, S. 271–288.

13 (ze): „Waffen-SS leistete heeresgleichen Dienst“, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 26. Oktober 1964.

Nürnberger Kriegsprozesse fühlten sich die Mitglieder der HIAG laut Wilke diffamiert,¹⁴ da die Waffen-SS dadurch als Teil der SS kollektiv zu einer „verbrecherischen Organisation“ deklariert wurde: Sie betrachteten sich in ihrem Selbstverständnis als Opfer, als „Paria(s)“¹⁵, als eine „Schicksalsgemeinschaft“¹⁶, die sich über prominente Unterstützer in der Politik freuen durfte. Laut Manfred Kittel bemühten sich in den ersten Jahren der Bundesrepublik Bundeskanzler Konrad Adenauer und Oppositionsführer Kurt Schumacher unisono im Sinne einer Stabilisierung der jungen Demokratie um eine Einbindung der HIAG, die ein großes systemoppositives Potenzial barg.¹⁷ In Rendsburg kam diese politische Unterstützung durch die Präsenz von Politikern von CDU, SPD und FDP und somit der drei wichtigsten politischen Parteien der frühen Bundesrepublik zum Ausdruck.

Auch in der Zivilgesellschaft erfuhr die HIAG Unterstützung. Das belegt exemplarisch die



Ausschnitt aus den Kieler Nachrichten vom 26. Oktober 1964: Der Artikel belegt, wie gut der von der HIAG gepflegte Opfer-Diskurs verfiel. Der Verfasser schrieb von „Diffamierungen und Verleumdungen in jüngster Zeit“, ohne die Worte als Zitat zu kennzeichnen.

14 Dies wird auch durch Beispiele aus Rendsburg gestützt. In einem Bericht der Kieler Nachrichten heißt es über den Redebeitrag von HIAG-Bundessprecher Eberhardt zusammenfassend: „Gegenüber erneuten Diffamierungen und Verleumdungen in jüngster Zeit unterstrich er den rein militärischen Charakter dieser Truppe.“ (G): Waffen-SS will nur ihr Recht, Kieler Nachrichten vom 26. Oktober 1964.

15 Wilke: Waffen-SS, S. 161.

16 Wilke: Regeneration, S. 434.

17 Vgl. Manfred Kittel: Die Legende von der „zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer. Berlin/Frankfurt 1993, S. 147–157, insbesondere S. 148f. Zum Umgang von CDU und SPD mit der HIAG im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik siehe auch Bert-Oliver Manig: Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2004, S. 517–584.

Veranstaltung des Jahres 1964, bei der der VdK-Landesvorsitzende Kappert sowie der Landesvorsitzende des Deutschen Soldatenbundes Kyffhäuser, Prinz Ferdinand zu Schleswig-Holstein, anwesend waren. Letzterer überreichte laut Presse als „Symbol der Kameradschaft“ das Modell einer Ruderpinne¹⁸ und wurde „als Zeichen der Verbundenheit“ mit dem ersten Silberkreuz der HIAG ausgezeichnet.¹⁹

Daneben dienten die Treffen der Suche nach Vermissten²⁰ – so war der DRK-Suchdienst regelmäßig auf den „Nordmarktreffen“ vertreten – und der Kameradschaftspflege.²¹ An den Treffen in Rendsburg nahmen auch Mitglieder der Waffen-SS aus europäischen Nachbarländern teil: 1964 waren 60 ehemalige Waffen-SS-Mitglieder aus Dänemark, den Niederlanden und Belgien zu Gast.²² Aus dieser transnationalen Komponente leitete die HIAG ein sehr spezielles Verständnis eines geeinten Europas ab. So unterstrich sie in einer Presseerklärung: „Gerade die Waffen-SS war ja eine erste übernationale, europäische Truppe.“²³ Es war sicher nicht geeignet, die NS-Opfer zu integrieren, wie ein Blick in die Satzung der HIAG Schleswig-Holstein belegt. Dort heißt es in Paragraph 2 unter Zweck und Aufgaben:

„7. Die Vertiefung der menschlichen Beziehungen mit der Frontgeneration aller europäischen Völker auf der Grundlage des gemeinsamen Fronterlebnisses im Sinne einer europäischen Verständigung.“²⁴

Auch alle anderen geschilderten Aktivitäten im Rahmen der „Nordmarktreffen“ entsprachen den satzungsmäßigen Zielsetzungen der HIAG.²⁵

18 Vgl. (ze): „Waffen-SS leistete heeresgleichen Dienst“, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 26. Oktober 1964.

19 Vgl. (G): Waffen-SS will nur ihr Recht, Kieler Nachrichten vom 26. Oktober 1964.

20 Siehe dazu exemplarisch Bernd Nellesen: Es war nicht nur der Sepp Dietrich da..., Die Welt vom 26. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

21 Dies wird besonders plastisch in einigen Berichten über das „Nordmarktreffen“ dargestellt, etwa in Dietrich Strothmann: Sepp Dietrich saß auf der Empore, Die Zeit vom 29. Oktober 1965; oder in Nellesen: Es war nicht nur der Sepp Dietrich da..., Die Welt vom 26. Oktober 1965.

22 Vgl. (G): Waffen-SS will nur ihr Recht, Kieler Nachrichten vom 26. Oktober 1964; sowie (ze): „Waffen-SS leistete heeresgleichen Dienst“, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 26. Oktober 1964.

23 Willy Schäfer/Hans Drucklieb/HIAG Schleswig-Holstein: HIAG nimmt Europa ernst, Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 1. Oktober 1966, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

24 Satzung der HIAG Schleswig-Holstein, § 2, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

25 In der Satzung der HIAG-Bundesstelle wurden als Zielsetzungen beispielsweise genannt: die „staatsbürgerliche Gleichstellung der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS mit den Soldaten anderer Wehrmachtsteile“, „rechtliche und soziale Eingliederung [...] in die Versorgungsgesetzgebung der Bundesrepublik“, „Durchführung des Vermißten-Suchdienstes in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz“, „Pflege der soldatischen Frontkameradschaft“, Satzung der Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehem. Waffen-SS HIAG Bundesverbindungsstelle, § 4, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

In der Satzung der HIAG Schleswig-Holstein wurden unter § 2 Zweck und Aufgabe ähnliche Punkte verankert, dabei aber stärker auf den Aspekt der Kameradschaft abgehoben. Auch ist die Wortwahl pathetischer. Beispielsweise ist von der „Wiederherstellung der Ehre und des Ansehens des deutschen Soldaten“ die Rede. Satzung der HIAG Schleswig-Holstein, § 2, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

Allmählich wachsende Proteste gegen die Treffen

In den ersten Jahren verliefen die Treffen weitgehend unbeachtet von einer größeren Öffentlichkeit. Lediglich im Jahr 1955 kam es zu einigen schriftlichen Protesten aus dem kommunistischen Milieu – diverse KPD-Gliederungen in Schleswig-Holstein genauso wie die kommunistische Tageszeitung „Norddeutsches Echo“ schickten Protestschreiben nach Rendsburg²⁶ – und der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) im Kreis Stormarn.²⁷ Die VVN²⁸ war es auch, die am 19. Oktober 1963, dem Vorabend des neunten „Nordmarktreffens“, zu einer Demonstration in Rendsburg aufrief.²⁹ Mit aller Regelmäßigkeit berichtete ferner das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* über die Treffen der „SS-Organisation Hiag“.³⁰ Das vierte „Nordmarktreffen“ im Jahr 1957 stellte die Zeitung beispielsweise als die „größte militaristische und faschistische Provokation der Nachkriegszeit“ heraus.³¹

Bis einschließlich 1963 blieben die Proteste insgesamt recht überschaubar. Das sollte sich 1964, zehn Jahre nach dem ersten „Nordmarktreffen“, ändern. Neben den Aktivitäten der VVN nach ähnlichem Muster wie im Vorjahr³² meldete sich ein britischer Nazi-Opfer-Verband³³ mit

26 Vgl. Schreiben folgender KPD-Gliederungen an den Bürgermeister von Rendsburg: Kreis Pinneberg, 9. August 1955; Ortsgruppe St. Peter, Nordsee, 14. August 1955; Kreisleitung Rendsburg, 28. August 1955; Kreis Schleswig, 1. September 1955; sowie Schreiben Norddeutsches Echo an den Bürgermeister von Rendsburg, 9. August 1955, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

Der Senat der Stadt behandelte die Schreiben der KPD Kreis Pinneberg und des Norddeutschen Echos in seiner Sitzung am 16. August 1955. Da das Treffen des Vorjahres „normal verlaufen“ sei, sah der Senat „keinen Grund, das Treffen untersagen.“ Sitzung des Senats der Stadt Rendsburg vom 16. August 1955, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

27 Vgl. Schreiben VVN Kreis Stormarn an den Bürgermeister von Rendsburg, 7. September 1955, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

28 Um welche Gliederung es sich handelte, ist nicht ganz klar. In einem Dokument des Rendsburger Ordnungsamtes ist lediglich von der VVN Kiel die Rede: Es könnte sich um eine landesweite Gliederung oder aber um eine lediglich auf der lokalen Ebene der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt angesiedelte Organisation gehandelt haben. Vgl. Vfg. Ordnungsamt Stadt Rendsburg vom 16. Oktober 1963, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

29 Vgl. ebd.

30 So in den folgenden Artikeln, bei denen nie ein expliziter Verfasser, sondern als Quelle die staatliche DDR-Nachrichtenagentur ADN angegeben ist: ADN/ND: SS macht Führungsansprüche geltend, Neues Deutschland vom 1. Oktober 1957. ADN/ND: Rasner fordert Posten für SS-Angehörige, Neues Deutschland vom 23. September 1958. ADN/ND: Revancheschrei im Auftrage Bonns, Neues Deutschland vom 31. Oktober 1961; ADN: SS-Aufmarsch in Rendsburg Neues Deutschland vom 22. Oktober 1962, oder ADN: Empörendes SS-Treffen, Neues Deutschland vom 26. Oktober 1964.

31 ADN/ND: SS macht Führungsansprüche geltend, Neues Deutschland vom 1. Oktober 1957.

32 Vgl. VVN, Landesverband Schleswig-Holstein, an den Landrat des Kreises Rendsburg; sowie Flugblatt der VVN „Hört auf damit“, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

Darüber hinaus ist eine Antwort der Stadt Rendsburg an den VVN-Landesverband Hamburg archiviert, die belegt, dass diese Gliederung das Verbot der Veranstaltung gefordert hatte; vgl. Abschrift Schreiben Bürgermeister von Rendsburg an den VVN-Landesverband Hamburg, Datum nicht überliefert, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

33 Es handelte sich um das *Defence Committee for Victims of Nazi Persecution*, in der deutschsprachigen Presse üblicherweise als „Verteidigungskomitee für Opfer der Naziverfolgung“ bezeichnet. So in (Ino): Britischer Protest gegen HIAG-Treffen in Rendsburg, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 19.

Hört auf damit ...

sagen viele, wenn von der Hitlerzeit und von Kriegsverbrechen die Rede ist. Sie meinen, es müsse endlich ein Schlußstrich unter die Vergangenheit gezogen werden.

Was hindert uns daran?

Es sind jene Kräfte, die aus der Geschichte nichts gelernt haben. Jene, die ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit als Befehls-erfüllung beschönigen möchten, die sich neu im alten Geist organisieren und Ämter beanspruchen, in denen sie für uns vor aller Welt eine Belastung sind.

Sie finden Fürsprecher, wie den Rechtsanwalt Heinecke, der in dem Hannoverschen Judenmord-Prozeß Hitler sogar edle Motive für die Ausrottung von Millionen zubilligte.

In Wyk auf Föhr wurde ein Mann zum Ehrenbürger ernannt, trägt eine Straße seinen Namen, der als Reichsleiter des NS-Fliegerkorps Oberbefehlshaber der Wehrmacht in Holland wurde. Er trägt die Verantwortung für die Ermordung des größten Teils der männlichen Bevölkerung der holländischen Ortschaft Putten. Die Ehrung dieses Mannes hat überall Empörung ausgelöst.

Einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, daran hindert uns auch das Bestreben der SS-Leute, die am 25. Oktober in Rendsburg ein Traditionstreffen durchführen wollen. Werden nicht durch diese „Traditionen“ die Gespenster der Vergangenheit neu beschworen?

Als eine der ersten Organisationen überhaupt protestierte die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) bereits in den 1950er Jahren gegen die Rendsburger HIAG-Treffen ...

Hört auf damit!

Ja, hört auf, eine Zeit zu glorifizieren, die Leid in jede deutsche Familie brachte, die zum Verlust lieber Angehöriger und für viele zum Verlust der Heimat führte.

Schon im vergangenen Jahr fand ein SS-Treffen in Rendsburg statt. Sein Verlauf bestätigte unsere Befürchtung, daß hier der Ungeist von gestern beschworen wurde. Wir protestierten damals gegen diese Zusammenkunft, fanden jedoch bei den verantwortlichen Männern kein Gehör. Unsere Protestkundgebung im vergangenen Jahr wurde aber von vielen Einwohnern Rendsburgs unterstützt.

Erneut erheben wir unseren Protest und rufen die Bevölkerung auf, an unserer

Kundgebung

teilzunehmen.

Sie beginnt mit einer Demonstration am Sonnabend, dem 24. 10. 1964 um 17 Uhr, auf dem Paradeplatz in Rendsburg. Die Demonstration endet auf dem Schloßplatz, wo um 18.00 Uhr die Kundgebung stattfindet.

**Vereinigung
der Verfolgten des Naziregimes
VVN
Schleswig-Holstein**

Verantwortlich: K. H. Lorenzen, Flensburg — Druck: Plambeck & Co., Neumünster

... 1964 verteilte sie ein Flugblatt mit der Forderung „Hört auf damit!“ (Nachweis: StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68)

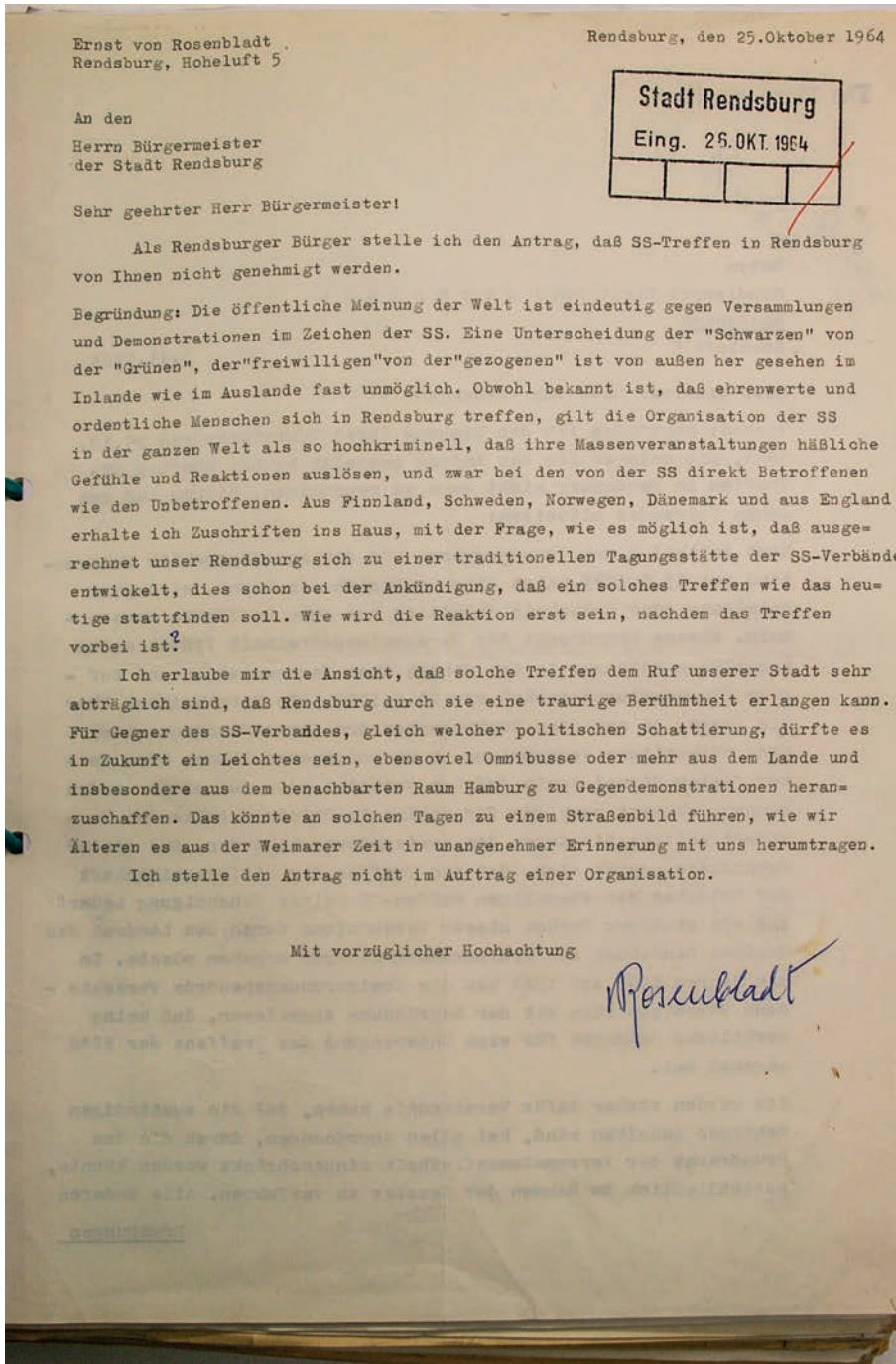
prominenten Förderern³⁴ zu Wort, der sich jedoch nicht an den Rendsburger Bürgermeister, sondern direkt an Bundeskanzler Erhard mit der Forderung wandte, „alle SS-Treffen zu verbieten“.³⁵

Auch in Rendsburg selbst regte sich mit dem Veranstaltungstag Protest gegen die HIAG. So beschrieb der Rendsburger Bürger Ernst von Rosenblatt der Verwaltung unter Bezugnahme auf Schreiben, die er aus den skandinavischen Staaten sowie aus England erhalten habe, fast prophetisch die Befürchtung, „daß solche Treffen dem Ruf unserer Stadt sehr abträglich sind, daß Rendsburg durch sie eine traurige Berühmtheit erlangen kann.“³⁶ Mit Hinweis auf die Rolle der Waffen-SS, die sich, anders als von der HIAG vertreten, von der Gesamt-SS nicht separieren lasse, brachten elf Lehrkräfte der Rendsburger Herderschule dieselbe Sorge zum Ausdruck. In ihrem Schreiben verwiesen sie überdies auf die Rezeption der Treffen in Rendsburgs französischer Partnerstadt: „Der Senat möge bedenken, wie man es beispielsweise in Vierzon auffassen wird, daß angesichts des Auschwitz-Prozesses in Frankfurt zur Feier eines SS-Treffens in Rendsburg vom Senat die mittlere Stadtbeflagung angeordnet wird.“³⁷

Darüber hinaus entbrannte in den Schulen und – ausgelöst durch einen Protest-Leserbrief einer Gruppe überwiegend junger Menschen – eine Debatte in der Presse, in der sich verschiedene Meinungen diametral gegenüberstanden. Beredtes Beispiel ist die am 14. November 1964 in der *Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung* erschienene Leserbriefseite „Wir JUNGEN schreiben“, die vollständig der HIAG-Diskussion gewidmet war.³⁸ Ganz allgemein zeigen die Beispiele, dass die nationalsozialistische Vergangenheit – auch sensibilisiert durch den Frankfurter Auschwitz-Prozess³⁹ – vor allem von der jüngeren Generation zunehmend kritisch hinter-

Oktober 1964; sowie in diversen Artikeln in Neues Deutschland, zum Beispiel: ADN-Korr./ND.: Naziopfer rufen Öffentlichkeit zum Protest gegen Hetzkundgebungen auf, Neues Deutschland vom 19. April 1964; ADN: Gegen Knorr-Prozeß, Neues Deutschland vom 4. Mai 1964; oder ADN-Korr./ND.: Verjährungsproteste aus England, Neues Deutschland vom 12. April 1965.

- 34 So die Friedensnobelpreisträger Lord Russell und Lord Boyd-Orr, der Dramatiker Arnold Wesker sowie nicht näher benannte „linksgerichtete Labour-Abgeordnete“; vgl. (Ino): Britischer Protest gegen HIAG-Treffen in Rendsburg, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 19. Oktober 1964; fast wortgleich im auf identischem Ino-Material basierenden Bericht O. V.: Briten protestieren, Kieler Nachrichten vom 22. Oktober 1964.
- 35 Vgl. (Ino): Britischer Protest gegen HIAG-Treffen in Rendsburg, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 19. Oktober 1964.
- 36 Schreiben Ernst von Rosenblatt an den Bürgermeister von Rendsburg, 25. Oktober 1964, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- 37 Schreiben Studienrat Dr. Edward Hoop und zehn weitere Unterzeichner an den Bürgermeister von Rendsburg, 29. Oktober 1964, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- 38 (Leserbrief-)Seite „Wir JUNGEN schreiben“: Die HIAG-Diskussion geht weiter, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 14. November 1964. Nicht alle Briefe der Seite stammen von jungen Lesern, wie die Redaktion in den einleitenden Worten unterstreicht. Darin geht sie ebenfalls auf die virulente Debatte ein, die sich insbesondere unter jungen Menschen, so auch in den Schulen, entwickelt hatte.
- 39 Aleida Assmann spricht von einem „Crescendo der Holocaust-Erinnerung“, die stetig zugenommen habe. Assmann macht alle 20 Jahre bedeutende Wegmarken aus. Den Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963–65 wertet sie nach dem Kriegsende 1945 als zweite Stufe des Crescendos; vgl. Aleida Assmann: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention. 2. Aufl., München 2016, S. 56f. Ausführlich zum Prozess und die zeitgenössische ambivalente Haltung der deutschen Bevölkerung siehe Devin Owen Pendas: The Frankfurt Auschwitz Trial, 1963–1965: Genocide, History, and the Limits of the Law. Cambridge 2006.



Der Rendsburger Bürger Ernst von Rosenblatt wandte sich mit einem Antrag an den Bürgermeister, die HIAG-Treffen nicht zu genehmigen. Als Begründung führte er die Sorge an, Rendsburgs Ruf könne international beschädigt werden: „Die öffentliche Meinung der Welt ist eindeutig gegen Versammlungen und Demonstrationen im Zeichen der SS.“ (Nachweis: StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68)

fragt wurde: In Rendsburg bestätigt sich, was Peter Graf Kielmannsegg auf der Basis von Umfragen in den 1960er Jahren für Deutschland insgesamt konstatiert: Die Nachkriegsgeneration beurteilte den Nationalsozialismus deutlich kritischer als die älteren Generationen.⁴⁰ Dennoch decken die in den Leserbriefen geäußerten Meinungen eine breite Palette ab. Sie reichen vom Hinweis auf die Waffen-SS „mit ihrem einsatzfreudigen, tapferen Verhalten während des ganzen Krieges“⁴¹ bis hin zum flammenden Appell: „Nicht noch einmal soll ein SS-Treffen in

WIR JUNGEN schreiben – WIR JUNGEN schreiben – WIR JUNGEN schreiben – WIR JUNGEN schreiben – WIR JUNGEN schreiben

Die HIAG-Diskussion geht weiter

Am Sonntag, dem 25. Oktober, traf sich die „Hilfsgemeinschaft der Soldaten der Waffen-SS“ (HIAG) zum 10. Male zu ihrem Nordmarktreffen in Rendsburg. Am Montag darauf veröffentlichte die Landeszeitung auf der Lokal-Seite einen Bericht über diese Veranstaltung. Einige als Zitate kenntlich gemachte Passagen – „Waffen-SS leistete heeresgleichen Dienst“ oder „Die Waffen-SS hat mit den Auschwitz-Verbrechen nichts zu tun“ – veranlaßte eine Gruppe vornehmlich junger Leute zum Schreiben eines Leserbriefes. Drei ihrer Sprecher suchten sogar die LZ-Redaktion auf. Einerseits, um der Landeszeitung „Beschönigung“ vorzuwerfen, andererseits, um die Gründe für den Leserbrief zu erläutern. Das Schreiben wurde am Sonnabend, dem 31. Oktober, im Lokalteil veröffentlicht. Die „Beschönigung“ nahmen die Delegierten zurück. Weil sie dahinterkamen, daß die oben angeführten Aussprüche lediglich zitiert worden waren. In den darauffolgenden Tagen trafen weitere Leserschriften ein. Und in den Schulen wurde (und wird?) unter den jungen Leuten heftig über das HIAG-Treffen diskutiert. Weil sich besonders die Jugend zu Wort meldete, bringen wir heute auf der Seite WIR JUNGEN Auszüge aus den Briefen. Obwohl sie nicht nur von Jugendlichen stammen.

Schlußfolgerung geradezu grotesk

Herr Peter Schmidt, Student, glaubt im Namen weiterer 18 seiner Kommilitonen (trifft nicht zu – Red.) gegen das Treffen der Waffen-SS in Rendsburg Stellung nehmen zu müssen. Er geht dabei von der Überlegung aus, daß viele dieser ehemaligen SS-Soldaten zwar Idealisten waren, andere jedoch auch in den Konzentrationslagern Dienst getan hätten und daß daher auch der Name der Waffen-SS mit den dort verübten Greueln unauflöslich verbunden sei. Seine weiteren Ausführungen lassen seine Aversion gegenüber Männern der Waffen-SS erkennen.

Dazu wäre von mir folgendes zu sagen: Es gibt in W. ca. 900 000 Angehörige der Waffen-SS, von welchen ca. 300 000 gefallen sind. Allein diese beiden Zahlen beweisen den sehr hohen Blutzoll, den die Männer der Waffen-SS gebracht haben, und sie beweisen weiterhin die hervorragende kämpferische Haltung dieser Verbände. Die Zahl der Männer der Waffen-SS, die in Konzentrationslager abkommandiert oder sich freiwillig dorthin gemeldet haben, dürfte gegenüber den 900 000 Angehörigen dieser Elitetruppe sehr gering sein. Daraus den Schluß zu ziehen – wie Herr Schmidt es tut – daß darum der Name der Waffen-SS „unauflöslich“ mit den Greueln in den Konzentrationslagern verbunden sei, ist geradezu grotesk!

Der Name der Waffen-SS ist vielmehr mit ihrem einsatzfreudigen, tapferen Verhalten während des ganzen Krieges unauflöslich verbunden. Aber das festzustellen, dürfte es Herrn Schmidt und seinen Mitstudenten wohl an den notwendigen Kenntnissen – ganz zu schweigen von persönlichen Erfahrungen – mangeln. Herr Schmidt sollte bedenken, daß es unbillig ist, den Männern der Waffen-SS nicht zuzugestehen, daß sie in den 19 Jahren seit der Beendigung des Krieges nicht zu guten

Demokraten geworden wären. Wir gestehen eine Wandlung in den politischen Anschauungen – und das steht mit Recht – jedem zu, der von einer Partei zur anderen überwechselt, auch denen, die früher einmal für eine kommunistische Diktatur eintraten. Beispiele brauche ich wohl nicht anzuführen.

Gerade von Studenten erwartet man doch logisches Denken, allerdings vorausgesetzt, daß sie eine Sache auch bis zum Ende durchdenken. Es ist bedauerlich, wenn man sich darin getäuscht sieht.

Rudolf Sinnhuber, Hohenwestedt

In einer Demokratie ungefährlich

Meines Wissens besteht dieses Treffen seit mehreren Jahren in Rendsburg. Aber in diesem Jahr gab es erhitzte Diskussionen durch den Protest des VVN und des englischen „Verteidigungskomitees für Opfer der Naziverfolgung“. Ein Leserbrief erschien, mit dem ich nicht einverstanden bin.

Ich zitiere: „Im Ausland lösen diese Namen noch heute bittere Erinnerungen und Empörungen aus, und sie beleben immer wieder Ressentiments gegenüber unserer demokratischen Haltung.“ Wäre es nicht logischer, wenn das Ausland Ressentiments gegen unsere Demokratie bei einem Verbot dieser Treffen hätte? Es wäre ausgesprochen gegen die demokratische Ordnung, in der wir Versammlungsfreiheit haben, jeder, ein Verbot zu erlassen. Schon das Verbot der KP war ein Verstoß. Da wir in einer Demokratie leben, sind diese Herren ungefährlich, solange wir Demokraten sind. Selbstverständlich bindet diese Männer die Idee und die Vergangenheit zusammen, und sie wird es immer tun, bis diese Idee durch das Nachwachsen unserer Generation nicht mehr ist.

Dieser „Ungeist“ von gestern lebt nicht mit unserer Hilfe weiter, er lebt neben uns her, und das können wir nicht vermeiden.

Hinrich Eichmeier, Rendsburg

Auszug aus der Leserbriefseite „Wir Jungen schreiben“, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 14. November 1964: Das HIAG-Treffen 1964 entfachte in Rendsburg eine virulente Debatte über den Umgang mit der NS-Vergangenheit, an der sich vor allem junge Leser mit Leserbriefen beteiligten.

40 Vgl. Peter Graf Kielmannsegg: Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Berlin 1989, S. 74.

41 Leserbrief von Rudolf Sinnhuber: Schlußfolgerung geradezu grotesk.

Rendsburg stattfinden! Wissen Sie nicht, daß Schleswig-Holstein das Dorado für ehemalige Nazis ist? Muß Rendsburg die Hochburg sein?“⁴²

Der Verfasser dieses Briefes spielte auf den Ruf des Bundeslandes an, mit der NS-Vergangenheit besonders nachlässig umgegangen und ein beliebtes Rückzugsgebiet für Alt-Nazis geworden zu sein. Eine derartige „Sonderentwicklung“ Schleswig-Holsteins, ausgelöst durch die starke Migrationsbewegung 1944 bis 1948 mit etwaigen vergangenheitspolitischen Folgen, lässt sich laut Uwe Danker und Astrid Schwabe nicht zweifelsfrei belegen:

*„Ob Schleswig-Holstein dabei wirklich die oft behauptete ‚Sonderentwicklung‘ durchmachte, [...] lässt sich empirisch abgesichert nicht abschließend beantworten, allenfalls vermuten. Aber dass das Land in den 1950er und 1960er Jahren besonders konsequent umsetzte, was die westdeutsche Gesellschaft insgesamt auszeichnete, nämlich personelle Kontinuitäten und entsprechende Verdrängung der Vergangenheit, ist offenkundig.“*⁴³

Für die These des Sonderwegs wiederum spricht die Tatsache, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag in den 1950er und 1960er Jahren eine deutlich höhere Quote ehemaliger NSDAP-Mitglieder aufwies als die Parlamente der anderen Bundesländer.⁴⁴

Aufgrund der auch in der jungen Generation virulent geführten Debatten nahm sich der Stadtjugendring Rendsburg des Themas an: Es wurde ein Arbeitskreis „HIAG“ gegründet,⁴⁵ um den Dingen jenseits von „tendenziöser Forschung“ auf den Grund zu gehen.⁴⁶ Wie ein Brief des 1. Vorsitzenden Olaf Follster an HIAG-Landessprecher Willy Schäfer belegt, setzte sich der Arbeitskreis mit verschiedenen Facetten des Themas auseinander, kam jedoch zu keinem klaren Ergebnis. „Im Grunde bleibt ein Schleier der Ungewissheit“, so Follsters Fazit.

Diese konkreten Rendsburger Beispiele stützen die Aussage von Karsten Wilke, die Veteranen der Waffen-SS hätten in weiten Bevölkerungskreisen der Bundesrepublik lange Zeit den Ruf, „Soldaten wie andere auch“ gewesen zu sein⁴⁷, besessen – ein Bild, das die HIAG selbst auch immer wieder propagierte. Im Lauf der 1960er Jahre, und somit genau zu der Zeit, als auch in Rendsburg die ersten nennenswerten Proteste zu verzeichnen waren, wandelte sich allmählich das Bild der Waffen-SS in breiten Teilen der Bevölkerung zu der Ansicht, wie sie bis heute vorherrschend ist: Wie keine andere militärische Organisation symbolisiert die Waffen-SS als Teilmenge der gesamten SS die Verbrechen des Nationalsozialismus.⁴⁸ Die HIAG stand, entgegen ihrer eigenen Bekundungen, längst nicht vollständig auf dem Boden des Grund-

42 Anonymer Leserbrief, der Name des Verfassers war nur der Redaktion bekannt: O. V.: Rendsburg die Hochburg?

43 Dazu ausführlicher Uwe Danker/Astrid Schwabe: Volksgemeinschaft in der Region. Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus. Husum 2022, S. 468–486, Zitat S. 486.

44 Dazu ausführlich Uwe Danker/Sebastian Lehmann-Himmel (Hrsg.): Landespolitik mit Vergangenheit. Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive. Husum 2017.

45 Vgl. O. V.: Jetzt HIAG-Arbeitskreis, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 23. Januar 1965. Im Bericht wird der 2. Vorsitzende des Stadtjugendrings Rendsburg, Olaf Follster, zitiert, dem das sehr ehrgeizige Ziel des Arbeitskreises bewusst war: „Wir wollen nur Klarheit – soweit wir sie zu schaffen vermögen.“

46 Vgl. Schreiben Stadtjugendring Rendsburg, 1. Vorsitzender, an HIAG-Landessprecher Willy Schäfer, 5. August 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

47 Vgl. Wilke: Waffen-SS, S. 158.

48 Vgl. ebd., S. 157.

gesetzes. Wie Hermann Weiß empirisch nachgewiesen hat, waren bis zur Auflösung der Organisation im Jahr 1992 rechtsextreme, systemoppositionelle und antisemitische Einstellungen sehr weit verbreitet.⁴⁹ Diese Erkenntnis wird ebenfalls zur Distanzierung der breiten Bevölkerung und von Teilen der politischen Eliten von der HIAG beigetragen haben.

Die Haltung der politischen Eliten zur HIAG

Im Rendsburger Beispiel manifestiert sich dieser Wandel besonders deutlich am Verhalten der Sozialdemokratie: War der SPD-Landtagsabgeordnete Walter Stams 1964 noch der Ansicht, „die HIAG müsse der Öffentlichkeit klarmachen, daß die Waffen-SS mit jener Unrechtsorganisation der allgemeinen SS nichts gemein habe“⁵⁰, votierte die SPD-Fraktion im Rendsburger Senat ein Jahr später gegen die Vermietung der Nordmarkhalle an die HIAG⁵¹ und forderte ferner ein Verbot des Schweigemarsches.⁵² Auch der engere Landesvorstand der SPD Schleswig-Holstein nahm sich des HIAG-Themas an und forderte unmittelbar vor dem „Nordmarktreffen“ 1965 die HIAG in der Presse auf, „unmißverständlich Stellung“ zu nehmen und „von Deutschen begangene Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verurteilen“⁵³, um sich im Anschluss an das „Nordmarktreffen“ bei der HIAG erneut über die Presse für die klaren Äußerungen zu bedanken.⁵⁴ Im Zuge der Berichterstattung über dieses Treffen entbrannte zudem eine Debatte über ein vermeintliches Grußtelegramm des Hamburger Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt, dem späteren Bundeskanzler: Nachdem mehrere Medien, unter anderem *Die Zeit*, die *Schleswig-Holsteini-*

49 Vgl. Hermann Weiß: *Alte Kameraden von der Waffen-SS. Ist die HIAG rechtsextrem?* In: Wolfgang Benz: *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen. Aktual. Neuausgabe*, Frankfurt 1993, S. 202–212. Weiß stellt die Ambivalenz der Organisation heraus: das Bekenntnis zum bundesdeutschen Staat bei gleichzeitiger Pflege von Kontinuitäten sowie ein aus Leserbriefen abzuleitendes, mutmaßlich weit verbreitetes rechtsextremes Gedankengut unter ihren Mitgliedern. Zu diesem Thema auch Wilke: *Hilfsgemeinschaft*, S. 426f.

50 (G): *Waffen-SS will nur ihr Recht*, Kieler Nachrichten vom 26. Oktober 1964.

51 Vgl. Sitzung des Senats der Stadt Rendsburg vom 11. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

52 Gleichzeitig forderte die Fraktion, die Stadtbeflaggung nicht durchzuführen, was aber hinfällig war, da die Stadt wegen eines anderen Ereignisses – 75-jähriges Jubiläum des Stenografenvereins – ohnehin beflaggt werden sollte; vgl. Sitzung des Senats der Stadt Rendsburg vom 18. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

53 (SIB): *HIAG soll Stellung nehmen*, Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 21. Oktober 1965; sowie – etwas gekürzt – O. V.: *Klare Verhältnisse schaffen*, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 21. Oktober 1965.

54 Die Schleswig-Holsteinische Landeszeitung berichtete unter Nennung der dpa als Quelle, der SPD-Pressedient habe „die Distanzierung der Waffen-SS von den KZ-Verbrechen als ein ‚gutes, ja erlösendes Wort‘ bezeichnet.“ O. V./dpa: *SPD: Erfreuliche Distanzierung*, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 28. Oktober 1965. HIAG-Landessprecher Schäfer hatte auf dem Treffen nach übereinstimmenden Medienberichten erklärt: „Dort, wo das Verbrechen beginnt, hört für uns grundsätzlich die Kameradschaft auf.“ So direkt zitiert in (hpj): *„Scham über die Verbrechen“*, Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 25. Oktober 1965; sowie in (Iz): *Völlig ruhiger Verlauf des HIAG-Treffens*, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 25. Oktober 1965; als indirektes Zitat im Konjunktiv in (G): *Von Gewaltverbrechen distanziert*, Kieler Nachrichten vom 25. Oktober 1965.

sche Landeszeitung und die US-amerikanische Nachrichtenagentur *United Press International* berichtet hatten, auf dem HIAG-Treffen sei ein Grußtelegramm, das Schmidt gemeinsam mit Parteifreundin MdB Annemarie Renger verfasst habe, verlesen worden,⁵⁵ empörte sich hierüber nicht nur das *Neue Deutschland*,⁵⁶ sondern auch namhafte ausländische Tageszeitungen. Die HIAG sah sich daher veranlasst, in der November-Ausgabe von *Der Freiwillige*⁵⁷, in dem auf rund 20 Seiten ausführlich über das „Nordmarktreffen“ berichtet wurde, klarzustellen:

„Von ausländischer Seite – wir nennen hier die französische Zeitung ‚Le Monde‘ und die belgische Zeitung ‚Le Peuple‘ – wurde mit Empörung festgestellt, der ehemalige Hamburger Senator Helmut Schmidt und jetzige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD habe sich zum 11. Nordmarktreffen mit einem Grußtelegramm eingestellt. Wir nehmen diese Meldung zum Anlaß festzustellen, daß Herr Senator a. D. Helmut Schmidt kein Grußtelegramm geschickt hat.“⁵⁸

Schmidts Beispiel zeigt deutlich die Distanz, die sich zwischen der Organisation der Veteranen der Waffen-SS und Teilen der Politik allmählich aufgebaut hatte: Sein Umgang mit der HIAG war in früheren Jahren viel unbefangener gewesen: Er trat in den 1950er Jahren häufiger als Redner bei HIAG-Veranstaltungen auf, da die Veteranen der Waffen-SS die Fachkenntnis des ehemaligen Offiziers der Wehrmacht schätzten.⁵⁹

Doch längst nicht alle politischen Repräsentanten änderten ihre Haltung zur HIAG. Der langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete aus Dithmarschen, das frühere NSDAP-Mitglied Hermann Glüsing, überbrachte auf dem HIAG-Treffen 1968 in Husum die Grüße des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Lemke (CDU)⁶⁰ und forderte in einem Redebeitrag erneut,

55 Die US-amerikanische Nachrichtenagentur berichtete von diversen Grußtelegrammen: „nicht nur die cdu-bundestagsabgeordneten will rassner, gerhard stoltenberg, detlef struve und olaf von wrangel entsandten grusstelegramme mit artiger entschuldigung, dass dienstliche geschaeftes das persoenliche erscheinen verhindere, auch telegramme, die zur [!] optimistischer betrachtung der fuenfteen novelle zum 131er gesetz verlockten, trafen ein. ihre absender: annemarie renger und parteifreund helmut schmidt, moeglicher spd-kanzlerkandidat bei den naechsten bundestagswahlen.“ upi: ss in rundumverteidigung, upi 71 inland, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68. Mehrere Medien thematisierten die Telegramme ebenfalls. Unter anderem *Die Zeit*: „Zuvor waren ‚Grußtelegramme des CDU-Wissenschaftsministers Gerhard Stoltenberg, des SPD-Wehrexperthen Helmut Schmidt und des neuen CDU-Abgeordneten Olaf von Wrangel verlesen worden.“ [Hervorhebungen im Original] Strothmann: Sepp Dietrich saß auf der Empore, *Die Zeit* vom 29. Oktober 1965; oder – ausführlicher – die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung: „MdB Annemarie Renger versprach objektive Prüfung der Argumente der HIAG bei der Beratung der 5. Novelle zum 131er Gesetz, MdB Helmut [!] Schmidt Wirksamkeit ‚für gleichmäßige Gerechtigkeit zugunsten aller ehemaligen Soldaten.“ (hpj): „Scham über die Verbrechen“, Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 25. Oktober 1965.

56 Das Neue Deutschland unterstrich die Empörung von „so angesehene[n] ausländischen[n] Zeitungen wie *Le Monde* und *Le Peuple*. Ferner berichtete die Zeitung über die Kritik am Telegramm innerhalb der SPD. Vgl. ADN: Helmut Schmidt grüßte die SS, Neues Deutschland vom 30. Oktober 1965.

57 Die Zeitschrift richtete sich an die Veteranen der Waffen-SS, unabhängig davon, ob sie in der HIAG organisiert waren. Dazu ausführlicher sowie zur Genese der Zeitschrift Wilke: Hilfspgemeinschaft, S. 56–59.

58 O. V.: Einsicht und Verständnis wachsen!, *Der Freiwillige*, Nr. 11, November 1965, S. 4. Sodann folgt ein Zitat aus dem Schreiben, das dieselbe Passage wie die oben erwähnte der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung anführt.

59 Zur Haltung von Helmut Schmidt gegenüber der Wehrmacht siehe ausführlich Wilke: Hilfspgemeinschaft, S. 339–344.

60 Helmut Lemke war selbst langjähriges NSDAP-Mitglied und als Bürgermeister von Eckernförde und Schleswig eine tragende Säule des NS-Regimes; vgl. Jessica von Seggern: Alte und neue Demokraten in

„daß zwischen den Soldaten der Waffen-SS und der politischen SS-Organisation ein Unterschied in der Beurteilung gemacht würde.“⁶¹

Ganz ähnlich stellt sich der Fall des damaligen FDP-Landesvorsitzenden in Schleswig-Holstein, Otto Eisenmann, dar: Er blieb regelmäßiger Gast der Treffen und auf Landesebene wohl vehementester Unterstützer der HIAG-Anliegen. 1965 kritisierte er die unten thematisierte Entscheidung des Senats der Stadt Rendsburg, der HIAG nicht die Nordmark-Halle zur Verfügung zu stellen, laut Pressebericht mit den Worten: „Es ist eigenartig, wenn eine Organisation, die sich auf den Boden der Demokratie stellt, 20 Jahre nach Kriegsende vom Senat einer Stadt so diffamiert wird.“⁶² Noch 1968 erklärte Eisenmann, inzwischen schleswig-holsteinischer Landesminister für Arbeit, Soziales und Vertriebene, auf dem HIAG-Treffen in Husum:

*„Es muß endlich Schluß gemacht werden mit der Diffamierung der Angehörigen der Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Waffen-SS; denn sie haben nichts gemein mit denen, die sich vielleicht noch heute als Mörder vor Gericht zu verantworten hätten.“*⁶³

Am Beispiel der Liberalen wird auch die in den 1960er Jahren vorherrschende Zerrissenheit der Bevölkerung gegenüber der HIAG deutlich: Während Eisenmann die HIAG hoffierte, protestierte der Liberale Studentenbund in der Bundeshauptstadt Bonn mit einer Erklärung gegen das Rendsburger HIAG-Treffen des Jahres 1965, in der er unter anderem bedauerte, „dass vertreter von bundesparteien [...] grußbotschaften verlesen.“ Ferner ließ er verlauten: „der liberale studentenbund widersprach [...] der Auffassung, die waffen-ss sei ein rein militärischer verband gewesen. die neuere forschung habe diese these widerlegt.“⁶⁴

Das Treffen 1965 – Höhepunkt der Proteste im In- und Ausland

Das Rendsburger HIAG-Treffen 1965 erfuhr immenses öffentliches Interesse im In- und Ausland: Nachdem die Debatte einmal losgetreten war, sollte sie Ausmaße annehmen, die im Jahr 1964 wohl weder HIAG-Sprecher Schäfer, der sich in einem Brief an Bürgermeister Beisenkötter dafür bedankte, trotz der Proteste standhaft geblieben zu sein,⁶⁵ noch der Empfänger des Schreibens vorausgeahnt hatten. Befeuert wurde sie durch die simple Frage des Veranstaltungsortes: Da der frühere Tagungsort nicht zur Verfügung stand, stellte HIAG-Landessprecher

Schleswig-Holstein. Demokratisierung und Neubildung einer politischen Elite auf Kreis- und Landesebene 1945 bis 1950, Stuttgart 2005, S. 214.

61 O. V.: Waffen-SS der früheren Wehrmacht gleichstellen, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 8. Oktober 1968.

62 Der Bericht basiert auf Ino-Material, ein expliziter Verfasser wird jedoch nicht angegeben. O. V.: Eisenmann bedauert „Fehlentscheidung“, Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 10. September 1965.

63 O. V.: „Schluß mit Diffamierung der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS“, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 12. Oktober 1968; zur politischen Biografie Eisenmanns siehe Landtagsinformationssystem Schleswig Holstein, <http://lissh.lvn.ltsh.de/cgi-bin/starfinder/0?path=samtflmore.txt&id=fast-link&pass=&search=ID%3D1371&format=WEBVOLLANG> (zuletzt aufgerufen: 29. Mai 2023).

64 dpa: liberaler studentenbund kritisiert hiag-treffen, dpa 80 id, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

65 Vgl. Schreiben HIAG-Landessprecher Schäfer an den Bürgermeister von Rendsburg, 29. Oktober 1964, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68. Das Schreiben wurde auch im Senat verlesen; vgl. Sitzung des Senats der Stadt Rendsburg vom 2. November 1964, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.



Gegen das HIAG-Treffen 1965 fanden öffentliche Proteste statt. Die Demonstranten, die laut Polizeibericht aus Hamburg und den großen Städten Schleswig-Holsteins kamen, erinnerten an die von der SS begangenen Verbrechen: Viele von ihnen trugen Protest-Schilder mit der Anzahl der Toten in den einzelnen Konzentrationslagern. (Nachweis: AGIS-Pressedienst Hamburg, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68)

Schäfer den Antrag an die Stadt Rendsburg, das „Nordmarktreffen“ in der städtischen Nordmarkhalle durchführen zu dürfen.⁶⁶ Der Senat lehnte den Antrag zunächst mit vier zu vier Stimmen ab,⁶⁷ revidierte seine Entscheidung aber nach einer Intervention des Ersten Sprechers der Arbeitsgemeinschaft der Kriegsoffer- und der Kriegsteilnehmer-Verbände Schleswig-Holstein, Friedrich Ferdinand Prinz zu Schleswig-Holstein,⁶⁸ einer Pressemitteilung des FDP-Landesvorsitzenden Otto Eisenmann, in der dieser die „Fehlentscheidung“ monierte,⁶⁹ und eines Schreibens von HIAG-Sprecher Schäfer, in dem dieser darum bat, die Entscheidung noch einmal zu überprüfen.⁷⁰ Schließlich votierte der Senat der Stadt Rendsburg mit fünf zu vier Stimmen dafür, der HIAG doch die Nordmarkhalle zu überlassen.⁷¹

Die Episode löste eine wahre Flut an Protesten aus: Nicht weniger als 78⁷² Schreiben gegen die HIAG-Veranstaltung des Jahres 1965 erreichten das Rendsburger Rathaus.⁷³ Lediglich gut 30 Briefe stammten aus Westdeutschland. Die anderen kamen aus west- und osteuropäischen Ländern, aus der DDR und aus Israel.⁷⁴ Die Verfasser waren Privatpersonen, Vereine und Verbände von NS-Opfergruppen oder Widerstandskämpfern⁷⁵ und ausschließlich im Falle Ost-

66 Vgl. Schreiben HIAG-Landessprecher Schäfer an den Bürgermeister von Rendsburg, 25. August 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

67 Vgl. Sitzung des Senats der Stadt Rendsburg vom 30. August 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

68 Siehe Schreiben Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein an den Bürgermeister von Rendsburg, 8. September 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

69 Vgl. O. V.: Eisenmann bedauert „Fehlentscheidung“, Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 10. September 1965.

70 Vgl. Schreiben HIAG-Landessprecher Schäfer an den Bürgermeister von Rendsburg, 25. August 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

71 Vgl. Sitzung des Senats der Stadt Rendsburg vom 13. September 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

72 Die von Wilke angeführte Zahl von mehr als 20 Vereinigungen, die laut *Neue Ruhr Zeitung* ein Verbot des Treffens gefordert hatten, ist stark untertrieben. Vgl. Wilke: Hilfgemeinschaft, S. 341. Die Unterlagen aus dem Stadtarchiv Rendsburg belegen, dass sich rund 50 Organisationen zu Wort gemeldet hatten, die fast alle forderten, das Nordmarktreffen zu untersagen; siehe Jürgen Dierkes: „Ménage à trois“ im Ost-West-Konflikt: Städtepartnerschaften zwischen westdeutschen, französischen und ostdeutschen Kommunen von den 1950er Jahren bis zum Fall der Mauer. Stuttgart, im Ersch., Anhang II.14. Statistik: Protestschreiben gegen die HIAG-Treffen an die Stadt Rendsburg: Die statistischen Daten wurden aus StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68 systematisch zusammengetragen.

73 Diese Briefe sind teilweise in der Sonderakte HIAG des Stadtarchivs Rendsburg dokumentiert. Die meisten Briefe trafen vor der Veranstaltung ein, weitere – wohl eine direkte Folge der breiten medialen Aufarbeitung des Ereignisses – erst nach dem Treffen. Das Rathaus registrierte die Absender, die fast alle eine Antwort erhielten, in einer Liste. Dennoch ist nicht vollkommen auszuschließen, dass es neben den dokumentierten weitere Briefe gab, die in der Sonderakte nicht erfasst wurden. Siehe StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

74 Siehe Dierkes: Ménage, Anhang II.14. Statistik: Protestschreiben.

75 Einige Beispiele: Niederlande: Vereinigt Verzet 1940–45, Nederlands Auschwitz Comité; Großbritannien: Defence Committee for Victims of Nazi Persecution; Österreich: Bund der Opfer des politischen Freiheitskampfes in Tirol, KZ-Gemeinschaft Dachau, Bundesverband Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus; Polen: Hauptvorstand des Verbandes der Kämpfer für Freiheit und Demokratie; Ungarn: Magyar Partizán Szövetség; Frankreich: Union des Juifs pour la Résistance et L'Entr'Aide, Association des Déportés et Internés Résistants et Patriotes de l'Yonne et des Familles des Disparus, Association Départementale des Familles des Fusillés et Disparus des Déportés et Internés Résistants et

Telegramm Deutsche Bundespost Verzögerungs-
vermerke

0147 CREUTZWALD 79 18 23 1010 =

10

aus	Datum 23 X 65 Uhrzeit 12 20	Datum	Uhrzeit	
	Empfangen Platz Namenszeichen	BURGERMEISTER RENDSBURG =		
	TS: Rendsburg	051		
	Empfangen von 4111TW FRANKF D	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="text-align: center;">Städt. Rendsburg Der Bürgermeister Eing.: 2 5. OKT. 1965</td> </tr> </table>		Städt. Rendsburg Der Bürgermeister Eing.: 2 5. OKT. 1965
Städt. Rendsburg Der Bürgermeister Eing.: 2 5. OKT. 1965				
MOUVEMENT DE LA PAIX COMITE DE CREUTZWALD MOSELLE PROTESTE ENERGIQUEMENT CONTRE LE CONGRES ANCIENS WAFFEN SS +				
Dienstliche Rückfragen				

Schl. 21 700 Blöcke zu 100 Bl. 1. 65
DIN A 5/100 Bl., Kl. 30 a

+ C. 187
VI, 2 Anl. 4 FA Kiel

Rendsburgs Engagement für die deutsch-französische Verständigung litt unter der HIAG-Debatte erheblich. Das belegt exemplarisch ein Telegramm aus dem lothringischen Creutzwald an den Rendsburger Bürgermeister: Das örtliche Komitee des Mouvement de la paix, einer französischen Friedensbewegung, in der sich vor allem ehemalige kommunistische Widerstandskämpfer engagierten, protestierte „energisch gegen den Kongress der ehemaligen Waffen-SS“. (Nachweis: StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68)

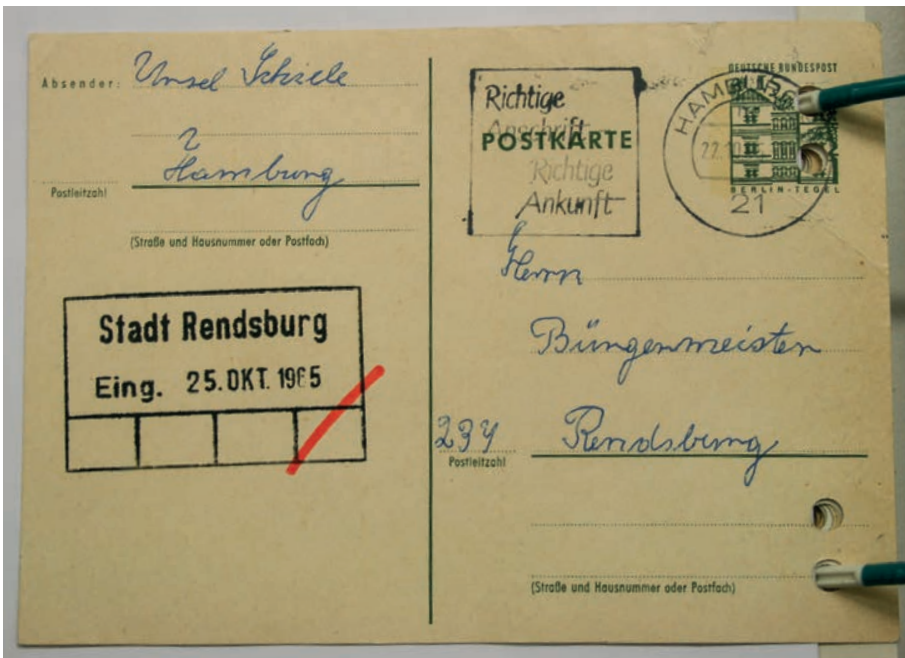
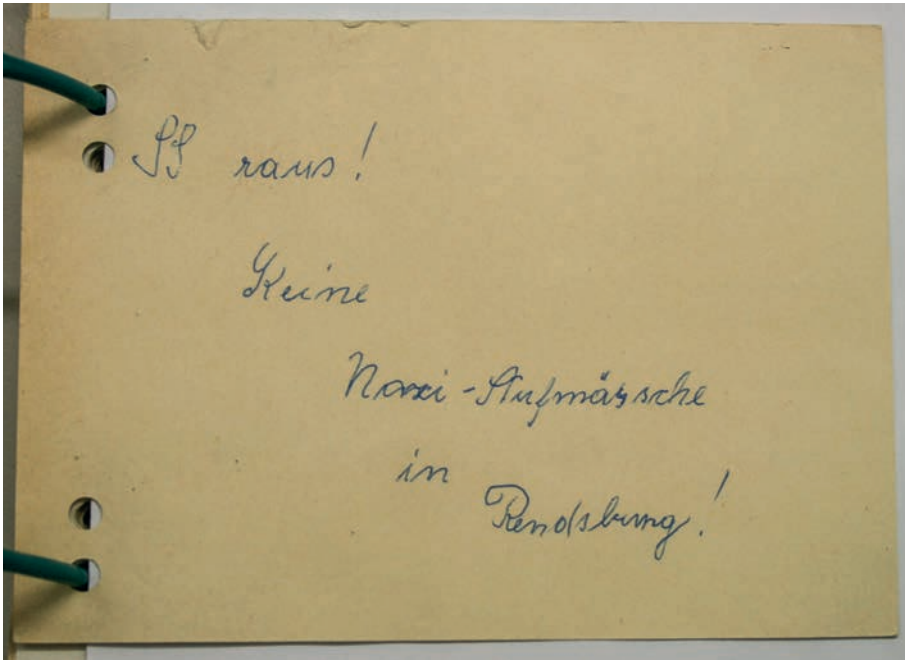
deutschlands auch Personen mit einem offiziellen Amt.⁷⁶ So schickten beispielsweise Bürgermeister Schmidt, Pasewalk,⁷⁷ und Bürgermeister Hahn, Friedland in Mecklenburg (DDR), Protestbriefe, letzterer auch mit persönlicher Ansprache an Bürgermeister Beisenkötter, dass er ihn „auf Grund unseres persönlichen Kennenlernens [...] als einen real-denkenden und humanistisch-handelnden Menschen schätze“⁷⁸. Die Schreiben fielen ganz unterschiedlich aus: mal kurz und knapp, mal ausführlich, mal sachlich-argumentativ, mal polemisch-emotional. So machte beispielsweise der Verfasser eines Briefes aus den Niederlanden seinem Ärger Luft:

Patriotes du Rhône; Luxemburg: Reveil de la Résistance; Dänemark: Sammenschlutzungen in Erhvervsshaenmede fra Frihedskampfen; Israel: Union Antinazistischer Kämpfer Israels; DDR: Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der Deutschen Demokratischen Republik; Bundesrepublik: Verband demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgter, Landesverband Schleswig-Holstein. Vereinzelt meldeten sich auch Vereinigungen zu Wort, die keinen derart unmittelbaren Bezug zum Zweiten Weltkrieg oder zum Nationalsozialismus hatten, so zum Beispiel die Naturfreundejugend Deutschlands, Bezirk Hamburg, oder die National Union of Mineworkers, South Wales Area (Großbritannien), StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

⁷⁶ Vgl. Dierkes: Ménage, Anhang II.14. Statistik: Protestschreiben.

⁷⁷ Vgl. Schreiben Bürgermeister Stadt Pasewalk an den Bürgermeister von Rendsburg, 12. September 1966.

⁷⁸ Schreiben Bürgermeister der Gemeinde Friedland i. M. an den Bürgermeister von Rendsburg, 19. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.



Zahlreiche Protestschreiben aus dem In- und Ausland trafen in Rendsburg ein. Sie waren sehr unterschiedlicher Natur: ausführlich argumentiert oder kurz und knapp, sachlich gehalten oder polemisch. Die Hamburgerin Ursel Schiele entschied sich für zwei emotionale Aufforderungssätze, in denen sie die HIAG mit der SS und den Nazis gleichsetzte. (Nachweis: StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68)

*„Herr Bürgermeister, bleiben Sie bitte in Ihre [!] Gemeinde und kommen niemals nach den Niederlanden. [...] Wir sind bereit zu vergessen, Herr Bürgermeister, aber in Ihrem Fall ist ‚not the right man on the right place‘ [...]“*⁷⁹

Ein Deutsch-Amerikaner wies Beisenkötter darauf hin, dass die im Ausland lebenden Deutschen unter der Rendsburger Entscheidung, das HIAG-Treffen „von Nazi-Schweinen, welche Deutschland verunreinigt, entehrt und beschaemt haben“, zuzulassen, zu leiden hätten und forderte ihn auf, eine Stellungnahme wenn nicht in der amerikanischen Presse, so doch in der dortigen deutschsprachigen Presse abzugeben, „[...] wenn Sie nicht derselben Meinung sind wie diese Nazis welche in Ihrer Stadt Revancheluesterne [!] Reden gehalten haben.“⁸⁰ Die verheerende Wirkung der Treffen im Ausland thematisierte auch ein in den USA lebender Student aus Münster:

*„Da wagt ausgerechnet die SS, in aller Oeffentlichkeit zu behaupten, sie haette von nichts gewusst! Welche Reaktionen das im Ausland hervorrufen muss, war doch wohl im Voraus abzusehen. Wir verhaften junge Kommunisten, die aus der Zone in die BRD einreisen, und schieben sie ab; aber ein Treffen dieser KZ-Bewacher und Hitlertreuen wird gestattet. Durch dieses Treffen ist wieder ein kleines Stueck aus unserem so schwer errungenen Ansehen in der Welt herausgebrochen worden.“*⁸¹

Ganz anders fiel die Meinung einiger Claqueure aus, die sich ebenfalls – wenn auch in geringer Anzahl – zu Wort meldeten. So dankte ein Mann aus Senden im Bayern dem Rendsburger Bürgermeister, „daß mir Ihr in der BRD einmaliges und deshalb so beachtliches und schätzenswertes Verhalten Hoffnung gibt, daß wieder Recht und Anständigkeit in unsrem Volke wirksam wird.“⁸² Ähnlich äußerte sich ein Schweizer:

„Deutschland muss einmal aufhören mit den ‚Kriegsverbrechen‘. Deutschland kämpfte um seine Existenz. [...] Deutschland muss sich rein waschen von der Kriegsschuld. Die heutige Generation ist daran nicht schuld, so wenig wie ein Sohn für die Taten des Vaters. Dies damit es nicht ewig das Odium der Kriegsschuld mit sich, auf sich herumschleppt.“

Eine Frau aus dem benachbarten Eckernförde bot schriftlich an, ein oder zwei Teilnehmer des HIAG-Treffens bei sich zu Hause zu beherbergen,⁸³ und eine Frau aus der Nähe des westfälischen Lübbecke fragte im Sommer 1966 schriftlich an, ob in diesem Jahr wieder ein „Treffen von der Waffen SS“ [Schreibweise in den von der SS verwendeten Siegesrunen, der Verfasser] stattfinde, da sie ihren vermissten Bruder suche, der bei der SS gewesen sei.⁸⁴

79 Schreiben C. J. Damme, Kortgene, Niederlande, an den Bürgermeister von Rendsburg, 26. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

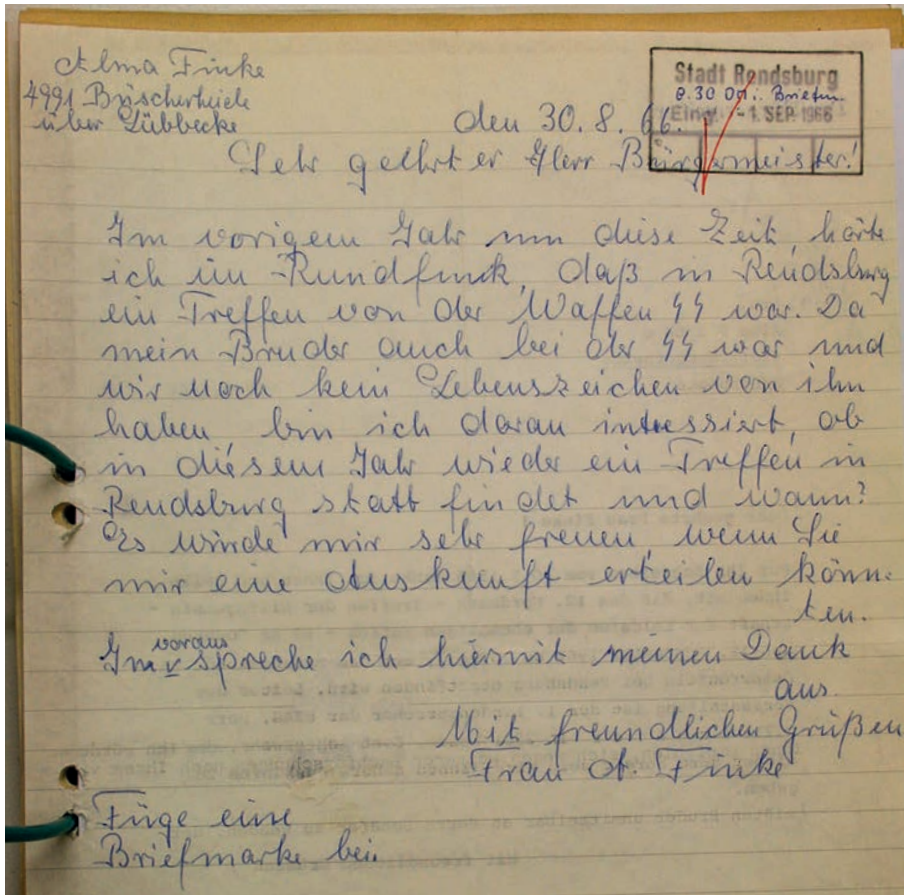
80 Schreiben N. v. Th., ohne Absenderangabe, abgestempelt in Yonkers, USA, an den Bürgermeister von Rendsburg, 31. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

81 Schreiben Franz-J. Schwaag, Kalamazoo, USA, an den Bürgermeister von Rendsburg, 25. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

82 Schreiben Emil Frisch, Senden/Iller, an den Bürgermeister von Rendsburg, 25. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

83 Vgl. Schreiben Bürgermeister von Rendsburg an Erika Janzen, Eckernförde, 21. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

84 Vgl. Schreiben Alma Finke, Büscherheide, an den Bürgermeister von Rendsburg, 30. August 1966, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.



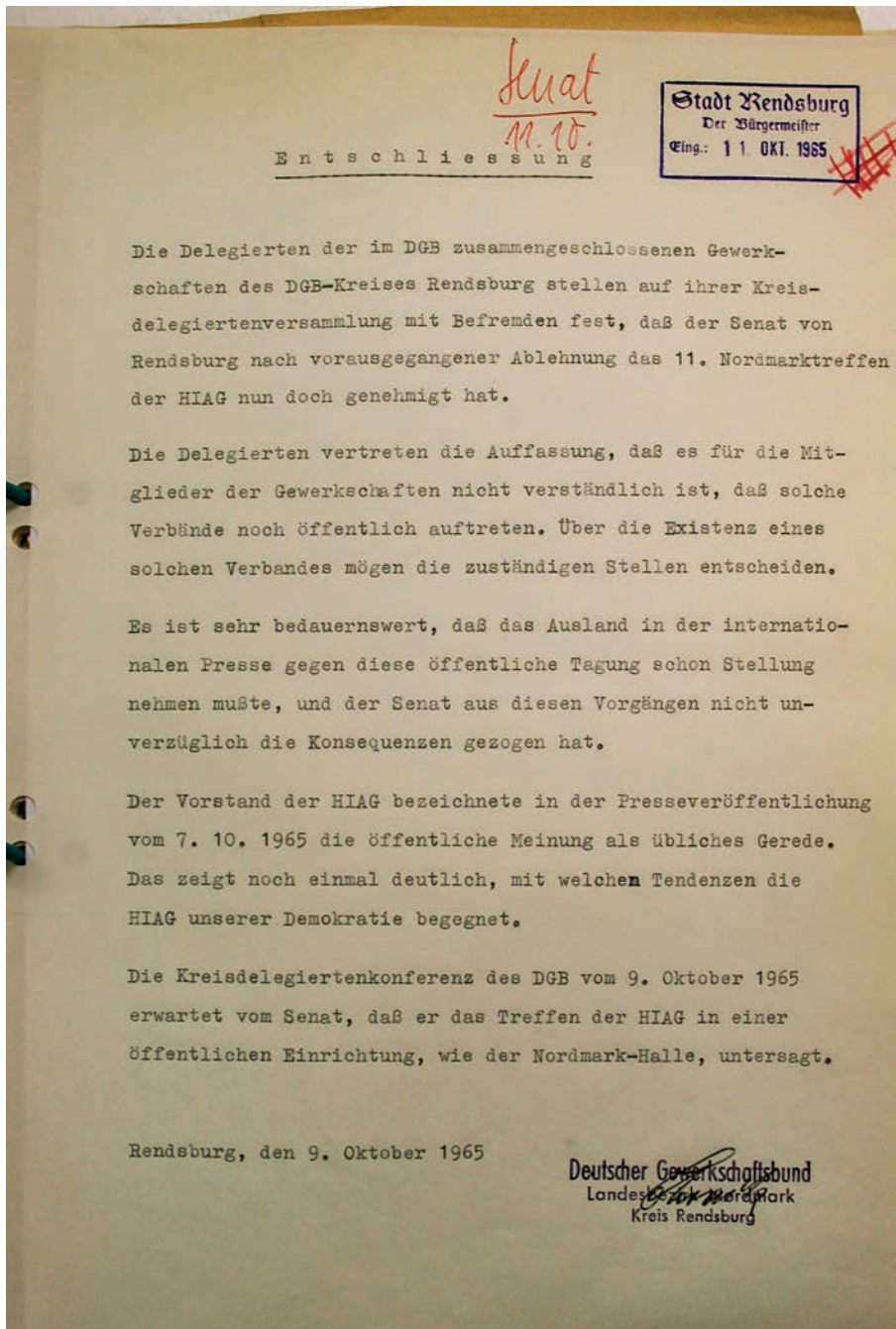
Eine Frau erkundigte sich im Sommer 1966 beim Rendsburger Bürgermeister, ob in diesem Jahr wieder ein „Treffen von der Waffen SS“ stattfinde.

In dem handschriftlichen Brief verwendete die Frau – vermutlich unreflektiert – die zur NS-Zeit übliche Schreibweise der SS in germanischen Siegesrunen: ein Beleg, wie sehr die NS-Zeit die Frau geprägt und wie wenig Distanz sie in den 20 Jahren seit Kriegsende zum Nationalsozialismus aufgebaut hatte.

(Nachweis: StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68)

An den Protesten gegen die HIAG-Treffen beteiligten sich Massenorganisationen wie die Gewerkschaft ÖTV und der DGB im Kreis Rendsburg. Die ÖTV hob in einem Schreiben ihre breite Basis hervor, in dem sie auf „tausende von Gewerkschaftsmitgliedern in Rendsburg“ hinwies, die ggf. nicht davon abgehalten werden könnten, eine Protestkundgebung gegen die HIAG zu veranstalten. Sie teilte ferner mit, das Schreiben der Presse zukommen zu lassen.⁸⁵ Der DGB-Kreisvorstand kritisierte in einem Pressebericht die Revision der Senatsentscheidung. Er erinnerte an Presse-, Rundfunk- und Fernsehkampagnen zu früheren HIAG-Treffen in Rends-

⁸⁵ Vgl. Schreiben ÖTV, Kreisverwaltung Neumünster/Rendsburg, 27. September 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.



Die DGB-Delegiertenkonferenz im Kreis Rendsburg drückte 1965 ihr Befremden über dem Beschluss des Senats der Stadt Rendsburg aus, die Nordmarkhalle nach ursprünglicher Ablehnung doch für das HIAG-Treffen bereitzustellen. Sie forderte, derartige Treffen in öffentlichen Einrichtungen zu untersagen. Der gewerkschaftliche Protest belegt, dass die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit die Mitte der Gesellschaft erreicht hatte. (Nachweis: StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954-68)

burg, die „nicht zum Vorteil der Stadt“ gewesen seien.⁸⁶ Die Delegierten des DGB-Kreises Rendsburg verabschiedeten zudem eine EntschlieÙung, in der gefordert wurde, das HIAG-Treffen in der Nordmarkhalle zu untersagen.⁸⁷ Ferner traf sich der DGB-Kreisvorsitzende Karl Noack zu einem Gespräch mit Bürgermeister Beisenkötter im Rathaus. Im Anschluss gab er eine kritische Pressemitteilung heraus, in der sich nicht nur um den Ruf Rendsburgs sorgte, das auf dem besten Wege sei, „Hauptstadt der HIAG“ zu werden, sondern überdies dem Senat der Stadt fehlenden „Mut zur politischen Entscheidung“ vorwarf.⁸⁸ Scharf fiel auch das Urteil der IG Metall aus, die in einem Artikel in ihrer Mitgliederzeitung das „SS-Treffen in Rendsburg“ geißelte und mit Blick auf die kritische Berichterstattung ausländischer Journalisten anmerkte: „In diesen Tagen können wir in ihren Blättern lesen, was man von der Bundesrepublik und ihrer unbewältigten Vergangenheit hält.“⁸⁹ Das gewerkschaftliche Engagement belegt anschaulich, wie sehr der Widerstand gegen die HIAG vom linken politischen Rand auch in Rendsburg schlagartig in die Mitte der Gesellschaft vorgerückt war.

Die Stadt Rendsburg reagierte auf die Forderungen nach Unterbindung des Treffens, wie sie in vielen der Schreiben erhoben wurde, mit einer Stellungnahme des Senats,⁹⁰ die sowohl an die Presse⁹¹ als auch an die Verfasser der eingegangenen Protestbriefe⁹² versandt wurde. Darin wurde sinngemäß erklärt, die HIAG sei ein eingetragener Verein, der nicht von den zuständigen Bundes- oder Landesministerien verboten worden sei. Da bislang noch keiner Organisation die Nutzung der Nordmarkhalle verwehrt worden sei, werde der HIAG dieses Recht ebenfalls zugestanden. Für das geforderte Verbot der Veranstaltung sei nicht die Stadt, sondern der Landrat des Kreises Rendsburg zuständig, dem die eingegangenen Protestschreiben weitergeleitet worden seien. Dabei stützte sich die Stadt Rendsburg auf die juristische Einschätzung des städtischen Oberrechtsrats⁹³ und hielt am revidierten Beschluss zur Überlassung der Nordmarkhalle an die HIAG fest. Gleichzeitig machte sie sich für eine Absage des polarisierenden Schweigemarsches stark. Wie sehr dieser die Gemüter erhitzte, belegt ein Pressekommentar: „Es bedarf nicht dieser Demonstration, die in unserer Zeit, milde gesagt, unpassend wirkt und unnötig ist, weil sie, wie es die Beispiele gezeigt haben, provozierend

86 Vgl. (eg): HIAG-Diskussion geht weiter, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 22. September 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

87 Vgl. EntschlieÙung, DGB, Kreis Rendsburg, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

88 Vgl. Abschrift Pressemitteilung Deutscher Gewerkschaftsbund, Kreis Rendsburg: Der Rendsburger Senat hatte keinen Mut zur politischen Entscheidung, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

89 O. V.: Sie wollen weiter marschieren..., Zeitung der IG Metall für die BR Deutschland, Nr. 22 vom 2. November 1965.

90 Beschlossen in der Sitzung des Senats der Stadt Rendsburg vom 18. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68. Die folgenden Informationen beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, ebenfalls auf diese Quelle.

91 Die Erklärung wurde am 20. Oktober 1965 in der Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung abgedruckt: Senat der Stadt Rendsburg: Vom Staat zugelassene Vereinigung. Erklärung des Rendsburger Senats zum HIAG-Treffen, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 20. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

92 Die Stadtverwaltung Rendsburg verfasste hierfür ein Standard-Anschreiben, dem die Stellungnahme als Anlage beigelegt wurde; siehe StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

93 Siehe Städtischer Oberrechtsrat Dr. Reck, Vermerk vom 15. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

wirkt.⁹⁴ Den Stein hatte die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag im Senat ins Rollen gebracht, den Schweigemarsch zu untersagen. Die Verwaltung entschied sich lieber für den diplomatischen Weg und schlug vor, ein Gespräch mit Landessprecher Schäfer zu führen, um eine Absage des Schweigemarschs zu erwirken.⁹⁵ Darauf ließ sich die HIAG schließlich ein.⁹⁶

Das „11. Nordmarktreffen“ am 24. Oktober 1965 verlief schließlich laut Polizeibericht „ruhig und diszipliniert“⁹⁷. Im Bericht ist davon die Rede, dass Schauspieler des Rendsburger Stadttheaters vor der Halle demonstrierten. Am Vorabend der Veranstaltung trafen sich wie im Vorjahr auf Einladung der VVN 570 Personen, die mit Bussen aus Hamburg und den großen Städten Schleswig-Holsteins gebracht worden seien, zu einer Kundgebung. Mit dem Satz „Lediglich ein Teilnehmer wurde als Rendsburger Bürger erkannt“ suggerierte der Verfasser, dass die Rendsburger Bevölkerung sich durch die Aktivität nicht angesprochen gefühlt habe.

Rendsburg und die HIAG: großes Medien-Echo in aller Welt

Die Medien im In- und Ausland hatten ein immer größeres Interesse an dem Thema entwickelt, sodass Rendsburg eine ungewollte Aufmerksamkeit bis über den Atlantik erfuhr: Beim HIAG-Treffen 1965 war laut *Schleswig-Holsteinischer Landeszeitung* die stattliche Anzahl von rund 50 Journalisten anwesend.⁹⁸ Die ausländischen Journalisten kamen laut Bericht vorwiegend aus Skandinavien, England und den Niederlanden. Auch das Fernsehen interessierte sich für die Veranstaltung: amerikanische, englische, dänische, niederländische und deutsche Fernsehsender waren mit Teams in Rendsburg präsent. Entsprechend breit und überwiegend kritisch wurde über das Treffen berichtet.⁹⁹ So wurde in der *New York Times* der Ruf Schleswig-Hol-

94 (hn): Die Demonstration des Schweigemarsches, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 8. Oktober 1965. Zur HIAG selbst blieb der Verfasser dagegen indifferent: Er lehnte ein Pauschalurteil über die Organisation ab.

95 Vgl. Sitzung des Senats der Stadt Rendsburg vom 11. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68. In der nächsten Sitzung des Senats berichtete Beisenkötter von dem Gespräch, in dem Schäfer selbst angeboten habe, auf den Schweigemarsch zu verzichten; vgl. Sitzung des Senats der Stadt Rendsburg vom 18. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

96 Vgl. (G): HIAG verzichtet auf den Schweigemarsch, Kieler Nachrichten vom 20. Oktober 1965.

97 Bericht Polizeiabteilung Rendsburg-Stadt, Polizeiinspektion Rendsburg, an den Leiter der Polizeiinspektion Rendsburg, 26. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

98 Vgl. (Iz): Völlig ruhiger Verlauf des HIAG-Treffens, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 25. Oktober 1965. Im Polizeibericht war „nur“ von 30 bis 40 Reportern die Rede, darunter seien die „großen Tageszeitungen aus Kopenhagen, Amsterdam, Brüssel, Paris, London und New York sowie aus den deutschen Großstädten“ gewesen. Namentlich wurden die Zeitungen New York Times, Dayly [!] Telegraph, Dagens Nyeter [!] und Amsterdamer Telegraph genannt. Vgl. Bericht Polizeiabteilung Rendsburg-Stadt, Polizeiinspektion Rendsburg, an den Leiter der Polizeiinspektion Rendsburg, 26. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

99 Die Stadt Rendsburg hat einige der Berichte archiviert, siehe die in diesem Beitrag genannten bzw. zitierten deutsch-, englisch- und dänischsprachigen Artikel aus dem Zeitraum vom 25. Oktober bis Anfang November 1965. Archiviert sind in Rendsburg ferner Meldungen der Nachrichtenagenturen vom 24. Oktober und 25. Oktober 1965 zum HIAG-Treffen, siehe Ino: liberale studenten kritisieren hiag-treffen, Ino 15; Ino: hiag-treffen verlief ruhig, Ino 73, Ino: bundessprecher: hiag will soldatenehre wiederherstellen, Ino 59/15, Ino: hiag verzichtet auf totenehrung mit trommelwirbel, Ino 61/15; dpa: liberaler studentenbund kritisiert hiag-treffen, dpa 80 id; dpa: keine vorzensur durch hiag, dpa 177 id;

Nazi SS Veterans Cheer Former General at Meeting



Demonstrators carrying signs bearing names of Nazi concentration camps picketing reunion in Rendsburg, West Germany, of former members of northern group of Waffen SS.



Associated Press Cablephotos
Sepp Dietrich, former Nazi general, arriving at the reunion where he was cheered.

By PHILIP SHABECOFF

Special to The New York Times

RENSBURG, Germany, Oct. 24—Eugene Schlotter, a former lieutenant colonel in the Waffen SS, the combat branch of the Nazi Elite Guard, placed a wreath this morning at an unmarked stone cross in the small cemetery here.

The inscription on the wreath said, "to our fallen comrades of the Waffen SS."

The former officer also made a short speech. "We honor our comrades who fought for their country in its darkest hour," he said, "and who died fighting for their fatherland and for freedom."

With this solemn ceremony

began the annual meeting of the Mutual Assistance Society of Former Members of the Waffen SS, an organization supposedly devoted to helping the widows and orphans of members who fell during the war.

When Sepp Dietrich, a former division commander and a hero of the SS, walked into the hall, he was greeted with thunderous cheers.

The meeting, held in a cattle market hall in this small city in Schleswig-Holstein, was not primarily concerned with benevolent work. It was a nostalgic and enthusiastic

Continued on Page 9, Column 1

1965 berichteten international bekannte Tageszeitungen groß über das Rendsburger HIAG-Treffen. Die New York Times rückte die Begeisterung, die 20 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs für das NS-Regime immer noch bestand, in den Mittelpunkt. Das veranschaulicht bereits die Überschrift, die den Jubel der „Nazi-SS-Veteranen“ für ihren ehemaligen Generaloberst Sepp Dietrich thematisierte. (Nachweis: StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68)

steins als „El Dorado“ für Nationalsozialisten thematisiert: „[...] there had been repeated incidents involving Nazi sympathizers or ultra-nationalists in Schleswig-Holstein in recent years.“¹⁰⁰ Die bundesdeutsche Wochenzeitung *Die Zeit* schloss ihren Bericht mit einem vernichtenden Fazit ab, in dem sie an die Verbrechen der Waffen-SS erinnerte und die von der HIAG mühsam konstruierte Trennung zwischen Waffen-SS und Gesamt-SS in Abrede stellte:

„Sie kämpften nicht nur an der Front. Viele von ihnen waren Bewacher in den Konzentrationslagern, gehörten den Mordkommandos der Einsatzgruppen an, legten das Warschauer Getto nieder, führten einen grausamen Partisanen-Rachekampf, übten in Oradour eine brutale Lynchjustiz. Auch das war die Waffen-SS. Und wenn sie heute, wie damals die erste [Hervorhebung im Original; der Verfasser] Strophe des Deutschlandliedes anstimmen [...], dann meinen sie die ‚besten Botschafter des Friedens und der Verständigung‘ zu sein. Was sie singen und sagen, welche Bücher sie anpreisen und welchen Vorbildern sie huldigen – zur Verständigung leisten sie nichts, und darauf, daß sie verstanden werden, warten sie darum wohl vergebens.“¹⁰¹

Genauso wie Strothmann, der Verfasser des *Zeit*-Artikels, hoben auch andere Medien auf die Kontinuitäten zur NS-Zeit ab. Fast alle thematisierten den begeisterten Empfang für Sepp Dietrich, Chef der Leibstandarte Adolf Hitler.¹⁰² Besonders deutlich wurde an die Vergangenheit in einem Bericht in der mit Rendsburg eng verbundenen dänischen Stadt Aalborg¹⁰³ erscheinenden Zeitung *Ny Tid* angeknüpft: Den Artikel über das Rendsburger HIAG-Treffen begleitete ein Foto von Heinrich Himmler und Adolf Hitler mit der Unterschrift „Fra ‚de store dage‘, SS-chefen Himmler i samtale med sin forer.“¹⁰⁴

Weitere dänischsprachige Presseorgane interessierten sich für die HIAG,¹⁰⁵ darunter auch die Tageszeitung der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein: Der *Flensborg Avis* berich-

dpa: hiag-treffen verlief ruhig, dpa 195 id; upi: ss in rundumverteidigung, upi 65 inland, upi 67 inland, upi 69 inland, upi 71 inland, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68. Ein Blick auf weitere Publikationen bundesdeutscher Medien findet sich unter Pressestimmen zum Nordmarktreffen der HIAG in Rendsburg, *Der Freiwillige*, Nr. 11, November 1965, S. 21–23.

100 Philip Shabecoff: Nazi SS Veterans Cheer Former General at Meeting, *New York Times* vom 25. Oktober 1965.

101 Strothmann: Sepp Dietrich saß auf der Empore, *Die Zeit* vom 29. Oktober 1965.

102 Exemplarisch siehe Nellessen: Es war nicht nur der Sepp Dietrich da..., *Die Welt* vom 26. Oktober 1965; Strothmann: Sepp Dietrich saß auf der Empore, *Die Zeit* vom 29. Oktober 1965; O. V.: Sie wollen weiter marschieren..., *Zeitung der IG Metall für die BR Deutschland*, Nr. 22 vom 2. November 1965; sowie Shabecoff: Nazi SS Veterans Cheer Former General at Meeting, *New York Times* vom 25. Oktober 1965; O. V./AP: German SS Veterans Rally Amid Protests, *The Miami News* vom 25. Oktober 1965.

103 Rendsburg und Aalborg arbeiteten bereits in den 1950er Jahren in der Arbeitsgemeinschaft Europastraße 3 eng zusammen. Daraus erwachsen freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Städten. Vgl. Schreiben Kommunaldirektoren der Stadt Aalborg an Staatsrat Augustin Lusser, 10. Januar 1968 [aufgrund des Kontextes und des Eingangstempels muss es sich jedoch um den 10. Januar 1969 handeln; der Verfasser]; sowie Schreiben Bürgermeister von Rendsburg an MdB Gerhard Flämig, 20. September 1968, StA Rendsburg, F 231 Europafahne 1967–73.

104 Übersetzung: „Der große Tag“: SS-Chef Himmler beim Zusammentreffen mit seinem Führer. (hr): I det hyggelige Rendsborg, *Ny Tid* vom 31. Oktober 1965.

105 So etwa die in Kopenhagen erscheinende Tageszeitung *Berlingske Tidende*: O. V.: Alte SS-Kameraden til møde og festlig dans, *Berlingske Tidende* vom 25. Oktober 1965; oder die süddänische *Jydske Tidende*: O. V.: „Badenweiler“-toner til Rendsborg-mødet, *Jydske Tidende* vom 26. Oktober 1965.

VOM 31.10. 1965/Nr.

Side 16 NY Tid

hvor er jeg end, vilde her skal være minse flus.

I det hyggelige Rendsborg -

— og en dag kom der pludselig gæster - 1500 stk. i samlet trop til jubilæumsfest . . .

Engang var den »1. station« for mange nordjyder, der i ferierne drager sydpå. Før besindige mennesker, der ikke er blegere efter at køre 500-600 km den sidste dag og ikke har det som et princip at nå »syd for Havn« , var Rendsborg bekvemt som overnatningsby. Så kom tunnelen under Ejderen, og i vor bilturismes tid gør det »kør i programmerne at skulle dreje af. . . så nu kører danskerne durk igennem — eller forbi Rendsborg. For man kommer slet ikke ind i staden mere. Man sætter farten op, dykker ned i den brede, flotte tunnel og kommer ubesværet af al flodtrafik op på den anden side Ejderen og er »for alvor i Fyskland« . Forleden dag var der 1500 turister, som ikke kom udenom. Også en del danskere. 1500 tidligere SS-soldater mødtes i Rendsborg for at drøfte gamle minder og lytte til den klokkeklang, der klæber til bedrifter, som tiden sjældent gør mindre.

Men Rendsborg er en hyggelig by.

Den var Danmarks sydligste grænseby engang, og den er stadig det sydligste Sydslesvig. Ejderen — Danmark grænse i 1000 år, siger man, når debatten om Danmarks historie får et lidt patetisk tilfald. Forøvrigt er det jo historisk rigtigt! Den danske skole i Rendsborg hedder »Ejder-skolen« og navnet ligesom understreger »Ejderen« s betydning i den grænsepolitiske terminologi. Rendsborg har meget. Den har bygge — som f. eks. på

venskabsforbindelse, der har givet mange personlige kontakter mellem de to byer. En slags besøg af et venkab, der også skulle sige, at verden og udviklingen går sin gang — også om der i perioder har været mørke punkter og måske direkte strid. For folk med stærke nationale overbevisninger og lang hukommelse kunne der måske dog være »noget« netop i forholdet til Rendsborg, hvor holstenske operæres erobring af den danske fæstning i 1848 gav anledning til første slesvigske krig — og hvad deraf fulgte . . . 1864 inclusive.

En jubilæumsdag
Men det var nutidshistorie, Hans

udskilt fra det SA-bellekorps. Hitler havde etableret med det formål at lave ballader, gadeoptøjer, jødechikaner osv. SA'erne var »de brune«, der havde et hovedsæde i »Det brune Hus«, som tyske industrifirer gav Hitler som hovedkvarter i München, endnu inden nazismen havde betydning i Tyskland. SS'erne blev »de sorte«. I sør fra top til tå. Ifølge »Knauser Lexikon« fra 1933 blev SS i 1934 en selvstændig afdeling af det nationalsocialistiske parti i Tyskland. Himmler blev chef, korpsset skulle være et elitekorps, og korpsets uniform var sort, sort laderetj og sort uniformshue — med et sølvblankt dødningshoved som »våbenmærke«. Samvittigheden hos de en-



Fra »de store dage«, SS-efen Himmler i samtale med sin fører

HIAG Rendsborg, den 31.10.1965

Bürgermeister

- 1.
2. Zum Vorgo

Ausschnitt aus der dänischen Zeitung Ny Tid mit Himmler/Hitler-Bild und handschriftlichen Grüßen, unterzeichnet mit Hans. Höchstwahrscheinlich handelte es sich um Aalborgs Kommunaldirektør Hans Nielsen. (Nachweis: StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.)

tete in den Folgetagen ausführlich über das Treffen.¹⁰⁶ Der Veteranenverband der Dänen in Südschleswig, Dansksindede Sydslesvigske Krigsdeltagere (DSK), veröffentlichte in dem Blatt eine Resolution, die es an klaren Worten nicht fehlen ließ:

„2. Sowohl mit Verwunderung als auch mit Widerwillen sehen wir, daß eine südschleswigsche Stadt wie Rendsburg, die an der modernen Europastraße 3 und an dem völkerverbinden-

¹⁰⁶ Siehe Semper: »Kammerater af i går, men statsborgere af i dag«, Flensborg Avis vom 25. Oktober 1965, und O. V.: Stævnet i Rendsborg, Flensborg Avis vom 26. Oktober 1965.

den Kanal liegt, eine Stadt die darüber hinaus der Sitz einer NATO-Organisation ist und damit dänische Soldaten beherbergt, sich nicht davon abhalten läßt, eine feste Versammlungsstätte für Mitglieder ehemaliger SS-Formationen zu sein. Eine Stadt in welcher – wie es leider in Rendsburg geschehen konnte – ein SS-General wie der Hitler sehr nahe stehende Sepp Dietrich als Ehrengast bei einer SS-Veranstaltung auftreten kann, kann kaum damit rechnen, daß sie einen positiven Beitrag zu einem echten europäischen Gemeinschaftswerk leistet.“¹⁰⁷

Die Resolution spiegelt die Widersprüche wider, die sich bei einem Blick von außen auf das Rendsburg der 1960er Jahre aufdrängen: auf der einen Seite die Stadt der „SS-Veranstaltungen“ und somit der Pflege lebendiger Kontinuitäten zum dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte, auf der anderen Seite das Ansinnen Rendsburgs, durch die aktive Mitarbeit im Projekt „Europastraße 3“¹⁰⁸ und seine Pionierrolle in der deutsch-französischen Verständigung den europäischen Einigungsprozess aktiv mitzugestalten und voranzubringen. Schon 1955, nur zehn Jahre nach Kriegsende, und als eine der ersten norddeutschen Kommunen überhaupt, schloss Rendsburg eine Städtepartnerschaft mit einer französischen Kommune, der in Zentralfrankreich gelegenen Industriestadt Vierzon. In diesem Zuge wurde außerdem ein Jugendaustausch ins Leben gerufen.¹⁰⁹

Der DSK legte mit seinem Fazit, in dem er Rendsburg diesen angestrebten „positiven Beitrag“ absprach, den Finger in eine offene Wunde. Vor allem im Ausland konnten die Berichte über die HIAG-Veranstaltungen einen Eindruck mit bitterem Beigeschmack mit dem Tenor, der Nationalsozialismus ist in Westdeutschland wieder auf dem Vormarsch und die Stadt Rendsburg ist die Hochburg, erzeugen. Wie es Rendsburger Bürger 1964 vorausgesagt hatten, hatte die Reputation der Kreisstadt am Nord-Ostsee-Kanal über die Grenzen Deutschlands und gar Europas hinaus erheblichen Schaden genommen. Zu dieser Erkenntnis kam auch Bürgermeister Beisenkötter selbst. In einem Vermerk über ein Gespräch mit HIAG-Landessprecher Willy Schäfer im Juli 1966 wird er wie folgt wiedergegeben:

„In der in- und ausländischen Presse sei der Name unserer Stadt ständig in negativer Form erwähnt worden. Dadurch seien die Beziehungen zu unseren ausländischen Schwesterstädten getrübt worden; auch hätten Rendsburger Touristen und Kaufleute wiederholt berichtet, daß sie private und geschäftliche Nachteile dadurch erlitten hätten, daß sie aus der ‚neuen Hauptstadt der Bewegung‘ stammten.“¹¹⁰

In dem Gespräch wurde vor allem geklärt, dass die HIAG für das Treffen des Jahres 1966 eine Lokalität suchen werde, die „nicht im Hoheitsgebiet der Stadt Rendsburg“ liegt.¹¹¹ Die Treffen der HIAG fanden schließlich in den Jahren 1966 und 1967 in einer privat bewirtschafteten Halle auf dem in der Gemeinde Osterrönnfeld gelegenen Messegelände der Stadt Rends-

107 DSK: Resolution zu Hinrichtungen, Rendsburger SS-Treffen und Dönitz, Südschleswig'sche Heimatzeitung vom 13. November 1965. In dänischer Sprache wurde sie im Flensburg Avis abgedruckt. Siehe DSK: Eksekutioner, Rensborg, Dönitz, Flensburg Avis vom 12. November 1965.

108 Siehe dazu die sehr ausführliche Dokumentation im StA Rendsburg, Rep-E 216 bis Rep-E 245a Europastraße.

109 Dazu ausführlich Pfeil: Rendsburg (wie FN 117); sowie die Kapitel II. 1.1., 1.2. In: Dierkes: Ménage.

110 Aktenvermerk Bürgermeister Beisenkötter, 14. Juli 1966, StA Rendsburg, Städtepartnerschaft Vierzon F 636 Bd. 1.

111 Vgl. ebd.

burg statt.¹¹² Trotz des Ortswechsels trafen im Jahr 1966 erneut viele Protestschreiben gegen das Treffen beim Bürgermeister der Stadt Rendsburg ein,¹¹³ da Außenstehende nicht ohne Weiteres ersehen konnten, dass der Tagungsort im Rendsburger Messegelände nicht auf Rendsburger Terrain lag. Die HIAG verzichtete selbst auf diesen Hinweis: Sie kündigte in den Einladungen zu den Nordmarktreffen der Jahre 1966 und 1967 an, dass das Treffen „in Rendsburg“ stattfindet.¹¹⁴ Richtig aufatmen konnte die Rendsburger Stadtverwaltung wohl erst im Jahr 1968: Bürgermeister Beisenkötter teilte dem Senat in einer Sitzung mit, dass das HIAG-Treffen in diesem Jahr in Husum stattgefunden habe.¹¹⁵

Telegramm Deutsche Bundespost
0109/AFL1100 ATHENS 88 16 2010

Verzögerungs-
vermerke

Abdruck Datum Uhrzeit 17 IX 66 08 23 Platz 08 23 Namenszeichen		Datum Uhrzeit	
TSt Rendsburg Empfangen von 4111TE FRANKF D		ELT = BUERGERMEISTER VON RENSBURG SCHLESWIG HOLSTEIN DEUTSCHLAND =	
		Gesendet Stadt Rendsburg Der Bürgermeister Eing.: 19. SEP. 1966	

GRIECHISCHE OPFER DES NAZIREGIMS UND SS PROTESTIEREN ENERGISCH FUER
GEPLANTE VERSAMMLUNG UND PARADE IN RENSBURG 18/9 DIE VON HITLERISCHEM
H I A G EINGELADENEN RESTVERBRECHERISCHEN SS STOP IM NAMEN
GRIECHISCHER OPFERN VERLANGEN UNVERSCHAEMTES FEST ZU VERBIETEN STOP
WOHLGENEIGTE ODER NACHSICHTIGE STELLUNG IHRERSEITS IN DIESER ANGELEGENHEIT
WIRD SIE ENTSPRECHEND AUF DAS GEWISSEN DER DURCH DAS NAZISTISCHE GREUEL
ERLITTENEN MENSCHHEIT STELLEN DER PRAESIDENT DES VEREINS FUER OPFER

Dienstliche Rückfragen

StB. 27 430 BIRKE 23 125 Bl. 1. 66
DIN A 5 / 100 Bl., Kl. 29

© LfP Nr. 319
Vl. 2 Aufl. 4 F. 5. 1966

Trotz des Umzugs der HIAG-Treffen ins benachbarte Osterrönfeld setzte sich der Protest 1966 fort. Es trafen erneut Schreiben aus dem In- und Ausland in Rendsburg ein, wie dieses Telegramm der griechischen Opfer des Nazi-Regimes beispielhaft belegt. (Nachweis: StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68)

112 Siehe dazu diverse Dokumente in StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

113 Unzweifelhaft belegt sind 29 Schreiben. Davon stammte knapp die Hälfte – 14 – aus Frankreich. Auf dem zweiten Platz lag die DDR mit fünf Schreiben, Westdeutschland folgte mit vier Schreiben auf Platz 3. Siehe dazu die Auflistung in: Dierkes: Ménage, Anhang II. 14. Statistik: Protestschreiben.

114 Vgl. Einladung 12. Nordmarktreffen 1966; sowie Einladung 13. Nordmarktreffen 1967, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

115 Vgl. Sitzung des Senats der Stadt Rendsburg vom 14. Oktober 1968, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

Die HIAG-Treffen als schwere Belastungsprobe für die Städtepartnerschaft Rendsburg – Vierzon¹¹⁶

Kurz nachdem das HIAG-Treffen des Jahres 1965 mit all seinen Protesten und ausführlichen internationalen Berichten über die Bühne gegangen war und die Stadtspitze um Bürgermeister Beisenkötter wohl der Hoffnung war, das Schlimmste überstanden zu haben, geriet Rendsburgs Städtepartnerschaft mit dem französischen Vierzon über das Thema in eine schwere Beziehungskrise.¹¹⁷ Die Berichte, die im Herbst 1965 um die Welt gingen, wurden auch von der Stadtspitze in Vierzon – seit 1959 bestimmte ein Linksbündnis unter Führung des PCF¹¹⁸-Politikers und ehemaligen Widerstandskämpfers Dr. Léo Mérigot die Geschicke der Stadt – wahrgenommen. Die Rendsburger Stadtspitze erfuhr lediglich auf einem Umweg davon: Der in Poitiers wohnende, aus Rendsburg stammende Gerd-Olaf Wilken schickte einen Brief mit Eindrücken über einen Besuch in Vierzon an den Rendsburger Bürgermeister, um ihn zu informieren, dass die HIAG-Treffen in der französischen Partnerstadt sehr negativ aufgenommen worden seien. Seine Freunde hätten die Befürchtung geäußert, dass die Städtepartnerschaft nun zu Ende sei.¹¹⁹ In seinem Antwortschreiben wischte Beisenkötter die Sorgen unter Hinweis auf die Fehleinschätzung der Sachlage in den Medien beiseite.¹²⁰ Mag er mit seiner formaljuristischen Beurteilung des Vorgangs in oberlehrerhaftem Duktus prinzipiell im Recht gewesen sein,¹²¹ so war Wilken mit seiner Einschätzung der Lage in Vierzon, die er hautnah vor Ort erfahren hatte, deutlich näher an der Realität als der Rendsburger Bürgermeister. Die im Antwortbrief unterschwellig anklingende Einschätzung, das werde sich gegenüber der Stadtspitze Vierzons alles erklären lassen, ist auch deshalb erstaunlich, weil Gerd-Olaf Wilken seinem Brief eine von der Stadt Vierzon veröffentlichte Stellungnahme beigelegt hatte,¹²² die es an deutli-

116 Kurzzusammenfassung des Kapitels II. 3.1.2. In: Dierkes: Ménage.

117 Eine erste Nagelprobe erfuhr das Bündnis mit dem politischen Wechsel 1959 in Vierzon: In der Folge schloss die neue Stadtspitze unter kommunistischer Führung „Freundschaftsvereinbarungen“ mit dem ostdeutschen Bitterfeld. Dazu ausführlich Ulrich Pfeil: Rendsburg – Vierzon – Bitterfeld. Ein Fallbeispiel deutsch-französischer Städtepartnerschaften im Kalten Krieg. In: Henning Unverhau (Hrsg.): Zeitschrift für Schleswig-Holsteinische Geschichte 129 (2004), S. 141–161; sowie die Kapitel II. 2.1., 3.1.1. In: Dierkes: Ménage.

118 Parti Communiste Français, kommunistische Partei Frankreichs.

119 Vgl. Schreiben Gerd-Olaf Wilken an den Bürgermeister von Rendsburg, 3. November 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–1968.

120 Vgl. Schreiben Bürgermeister von Rendsburg an Gerd-Olaf Wilken, 3. Dezember 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68. Im Schreiben legte der Bürgermeister nochmal den juristischen Standpunkt dar, dass es erstens keiner Genehmigung der Veranstaltung dieses eingetragenen Vereins bedürft hätte und dass die Vermietung per Senatsbeschluss erfolgt sei, weil dieser der Ansicht gewesen sei, alle Organisationen seien gleich zu behandeln.

121 Das belegt die Analogie zum Oberverwaltungsgerichtsurteil, das die NRW-Landeshauptstadt Düsseldorf verpflichtete, der NPD städtische Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen; vgl. Urteil des III. Senats des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen, III A 47/68, 26. Juni 1968, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

122 Die Resolution ist mehrfach verbreitet worden: auf offiziellem Briefbogen der Stadt Vierzon: Protestation contre la rencontre des anciens Waffen SS à Rendsburg, ohne Datum; Municipalité de Vierzon: La municipalité proteste contre la rencontre des anciens Waffen SS à Rendsburg, Le Berry Républicain vom 28. Oktober 1965; sowie Municipalité de Vierzon: VIERZON RENDBURG, Bulletin

chen Worten zu den HIAG-Treffen nicht mangeln ließ. Mit etwas Empathie¹²³ hätte Beisenkötter klar werden müssen, dass hier erheblicher Klärungsbedarf bestand.

In der Stellungnahme nahm die Stadt Vierzon Bezug zum Nürnberger Kollektivurteil über die Waffen-SS als Teil einer verbrecherischen Organisation und erinnerte an das Leid, das die Waffen-SS auch in Vierzon angerichtet hatte. Ferner ging sie auf die Vergabe der städtischen Räumlichkeiten nach ursprünglicher Ablehnung an die „Hitler Alte Garde“ (!) ein. Sehr aufschlussreich ist der – vermutlich aus Unkenntnis des richtigen Namens heraus – verwandte Spottname der HIAG anstelle der Abkürzung oder der korrekten Bezeichnung. Er unterstreicht viel deutlicher die Kontinuitäten zum so genannten „Dritten Reich“, inklusive Pflege nationalsozialistischer Wertvorstellungen und Gedankenguts. Ein weiterer brisanter Punkt: Im Text wird fälschlicherweise behauptet, im Vorjahr sei das Treffen verboten worden. Das suggeriert einen lascheren Umgang mit der aufstrebenden extremen Rechten – 1964 war die NPD gegründet worden und hatte bei der Bundestagswahl im Jahr darauf zwei Prozent der Wählerstimmen erzielt – und legt überdies nahe, dass der Rechtsextremismus in Westdeutschland auch dank des lapidaren Umgangs der Autoritäten mit diesem Thema ein leichtes Spiel haben werde.

Wie sehr das Tischtuch zwischen Vierzon und Rendsburg zerschnitten war, wird vor allem daran deutlich, dass Bürgermeister Mérigot nicht das direkte Gespräch mit seinem Rendsburger Amtskollegen suchte, sondern ankündigte, höchste politische Ebenen in den Konflikt einzuschalten: Die kommunistisch dominierte Stadtspitze von Vierzon war nicht an einer geräuschlosen Klärung der Angelegenheit interessiert. Sie verband die Rendsburger HIAG-Treffen von Beginn an gedanklich mit den damals auch in Frankreich, insbesondere im PCF-Milieu, diskutierten Kontinuitäten von Militarismus und Nationalsozialismus in der Bundesrepublik,¹²⁴ vornehmlich durch die Präsenz von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern in Staatsapparat und Regierung.¹²⁵

Municipal de Vierzon, November 1965. Die folgenden Informationen entstammen diesen Quellen, soweit nicht anders angegeben.

123 Auch Ulrich Pfeil bescheinigt dem Rendsburger Bürgermeister ein „unbekümmerte[s] und [...] nicht von großer Sensibilität geprägte[s] Verhalten“; Pfeil: Rendsburg, S. 151.

124 Neben den auch in Westdeutschland durch z. B. die Auschwitz-Prozesse und die Aufarbeitung der NS-Zeit durch die Wissenschaft zunehmenden Debatten über die NS-Vergangenheit – siehe dazu überblicksartig Ulrich Herbert: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*. Bonn 2014, S. 769–777 – trug zur Rezeption der Thematik im kommunistischen Milieu in Frankreich insbesondere das Verhältnis von SED und PCF bei. Die beiden Parteien legten als Grundlage ihrer Beziehungen ihre antifaschistische Vergangenheit fest, woraus sich konsequenterweise das Bild der antifaschistischen DDR ergab. Zur Stärkung dieses Konstrukts half die Abgrenzung von der Bundesrepublik, in der für erhebliche Teile der politischen und gesellschaftlichen Eliten eine NS-Vergangenheit belegt war. Dazu ausführlich Norbert Frei: *Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945*. Frankfurt/New York 2001. Das Thema wurde von der SED, auch über ihre Kontakte nach Frankreich, propagandistisch ausgeschlachtet. Dazu ausführlich Ulrich Pfeil: *Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen*. Köln 2004, S. 216–227.

125 Wörtlich: „Les nazis sont toujours dans l'appareil d'Etat et au sein même du gouvernement de l'Allemagne de Bonn.“ *Municipalité de Vierzon: Les relations amicales nouées il y a 6 ans entre Vierzon et Bitterfeld ville de la République Démocratique Allemande se poursuivent*, Bulletin Municipal de Vierzon, November 1965.

Siehe dazu beispielsweise Herbert: *Geschichte*, S. 657–669; sowie Norbert Frei: *Hitlers Eliten nach 1945 – eine Bilanz*. In: Frei: *Karrieren*, S. 303–335.

Später verknüpfte die Stadt Vierzon die Erfolge der NPD bei westdeutschen Landtagswahlen ab 1966¹²⁶ ebenfalls mit den Rendsburger HIAG-Treffen.¹²⁷ Dieser Gedankenzug erhielt weitere Brisanz dadurch, dass sie die Vorgänge in der Partnerstadt auf die vereinfachte Formel „HIAG gleich Teil der NPD“ brachte.¹²⁸ Auch wenn rechtsextremes Gedankengut, wie oben herausgestellt, innerhalb der HIAG weit verbreitet war, handelt es sich hierbei um eine Verkürzung, die nicht exakt die komplexen Realitäten abbildet.

Die Stadtspitzen von Vierzon und von Rendsburg betonten wiederholt, trotz des Konflikts um die HIAG die Partnerschaft wegen der intensiven zivilgesellschaftlichen Kontakte fortsetzen zu wollen,¹²⁹ was schließlich auch gelang: Der Jugendaustausch wurde nie unterbrochen. Allerdings agierten die beiden Stadtspitzen derart ungeschickt, dass das Städtebündnis wiederholt auf Messers Schneide stand. In Rendsburg wurde 1966 und 1969 über einen Abbruch der Beziehungen diskutiert.¹³⁰ Auslöser für die erste Debatte hierüber im Senat war ein Schreiben von Bürgermeister Mérigot vom 5. Oktober 1966, in dem dieser gegen das erneute HIAG-Treffen in Rendsburg protestierte¹³¹ und den geplanten Besuch einer offiziellen Delegation in Vierzon verschob.¹³² Es war einem Besuch des Ehrenvorsitzenden des *Comité de jumelage de*

126 Unter den Vorzeichen von Wirtschaftskrise und Großer Koalition im Bund schaffte die NPD mit zum Teil deutlich über der Fünfprozenthürde liegenden Ergebnissen den Sprung in die Landtage von Hessen (7,9 Prozent, 1966), Bayern (7,4 Prozent, 1966), Rheinland-Pfalz (6,9 Prozent, 1967), Schleswig-Holstein (5,8 Prozent, 1967), Niedersachsen (7,0 Prozent, 1967), Bremen (8,8 Prozent, 1967) und Baden-Württemberg (9,8 Prozent, 1968); vgl. Eckhard Jesse: Das Auf und Ab der NPD, in: APuZ 42 (2005), S. 31–38, hier S. 32.

Die Rendsburger Bevölkerung war gegenüber den Verlockungen der extremen Rechten indes nicht empfänglicher als die restliche Bevölkerung Schleswig-Holsteins. Bei der Landtagswahl 1967, bei der die NPD dank eines landesweiten Ergebnisses von 5,8 Prozent der Wählerstimmen mit vier Abgeordneten in den Kieler Landtag einzog, erzielte sie im Wahlkreis Rendsburg-Nord, der ganz überwiegend aus der Kreisstadt bestand, ein unterlandesdurchschnittliches Ergebnis von 4,7 Prozent. Zur Wahlkreiseinteilung vgl. Andreas Kohlsche: Wählerverhalten und Sozialstruktur in Schleswig-Holstein und Hamburg 1947–1983, Opladen 1985, S. 131, 133; zu den Wahlergebnissen vgl. O. V.: So wählten die 44 Wahlkreise, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 24. April 1967.

127 Nachweis durch Ulrich Pfeil anhand des Berichts O. V.: Une ombre dans nos relations avec nos villes jumelées : La montée du nazisme en Allemagne fédérale, Bulletin Municipal de Vierzon, Mai 1968; vgl. Pfeil: Rendsburg, S. 154.

128 Wörtlich: „ces anciens Waffen SS, rassemblées au sein du NPD, ont repris à leur compte les idées revanchardes chères à Hitler, de sinistre mémoire“, O. V.: Une ombre dans nos relations avec nos villes jumelées : La montée du nazisme en Allemagne fédérale, Bulletin Municipal de Vierzon, Mai 1968.

129 Vgl. etwa Municipalité de Vierzon: VIERZON RENDBURG, Bulletin Municipal de Vierzon, November 1965 ; O. V.: Une ombre dans nos relations avec nos villes jumelées : La montée du nazisme en Allemagne fédérale, Bulletin Municipal de Vierzon, Mai 1968 ; Sitzung des Senats der Stadt Rendsburg vom 17. Oktober 1966, StA Rendsburg, Städtepartnerschaft Vierzon F 636 Bd. 2; sowie Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Rendsburg vom 19. März 1968, StA Rendsburg, Städtepartnerschaft Vierzon F 636 Bd. 2.

130 Vgl. Pfeil: Rendsburg, S. 152, 155.

131 Schreiben Bürgermeister von Vierzon an den Bürgermeister von Rendsburg vom 5. Oktober 1966, StA Rendsburg, Städtepartnerschaft Vierzon F 636 Bd. 2.

132 Pfeil stellt einen anderen Aspekt als Auslöser für die Debatte in den Fokus, nämlich die vermeintliche Verwendung von der Partnerschaft Rendsburg – Vierzon zustehenden Geldern für das Bündnis mit Bitterfeld; vgl. Pfeil: Rendsburg, S. 152.

Vierzon und früheren Bürgermeisters, Maurice Caron, in Schleswig-Holstein zu verdanken, dass die Missstimmigkeiten zunächst aus der Welt geschafft werden konnten:¹³³ Mérigot und Caron schrieben Ende 1966 gemeinsam an Beisenkötter, es sei dank des Berichts von Caron in Vierzon klar geworden, dass die HIAG-Treffen aus rein geografischen Gründen in Rendsburg und Umgebung stattgefunden hätten. Für die beiden Verfasser war die Angelegenheit soweit vom Tisch, dass sie unter Nennung eines konkreten Zeitraums – die zweite Aprilhälfte – eine offizielle Delegation der Stadt Rendsburg nach Vierzon einluden.¹³⁴ Doch jetzt zeigten sich die politischen Vertreter der schleswig-holsteinischen Kreisstadt reichlich reserviert.¹³⁵ Die zuständigen politischen Gremien sprachen sich dafür aus, „ein wenig Zurückhaltung zu zeigen“¹³⁶, woraufhin Beisenkötter in einem Schreiben an Mérigot den vorgeschlagenen Besuch unter vorgeschobenen Gründen – die bevorstehende Landtagswahl in Schleswig-Holstein und weitere Termine – auf das Frühjahr 1968 verschob.¹³⁷ Damit bahnte sich eine neue Eiszeit an, die dem Brief aus Rendsburg, verstärkt durch den Einzug der NPD in den schleswig-holsteinischen Landtag wenige Wochen später, oder möglicherweise sogar nur irgendwelchen Unregelmäßigkeiten auf dem Post-Beförderungsweg zwischen den Schreibtischen der beiden Stadtoberhäupter geschuldet gewesen sein könnte:¹³⁸ Bürgermeister Beisenkötter schickte im Zeitraum von zwei Jahren – Frühjahr 1967 bis Frühjahr 1969 – fünf Briefe unterschiedlichen Inhalts an Bürgermeister Mérigot und drei weitere an dessen *Adjoint* Fernand Micouraud nach Vierzon, die allesamt unbeantwortet blieben.¹³⁹ In seinem letzten Schreiben forderte Beisenkötter eine klare Stellungnahme ein, ob Vierzon die Partnerschaft beenden oder fortsetzen wolle.¹⁴⁰ Da

133 Vgl. ebd.

134 Vgl. Schreiben Bürgermeister von Vierzon und des Président d'honneur du Comité de Jumelage an den Bürgermeister von Rendsburg vom 30. Dezember 1966, StA Rendsburg, Städtepartnerschaft Vierzon F 636 Bd. 2.

135 Vgl. Pfeil: Rendsburg, S. 152.

136 Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Rendsburg vom 17. Februar 1967, StA Rendsburg, Städtepartnerschaft Vierzon F 636 Bd. 2. Der Senat hatte sich vorher ähnlich artikuliert; vgl. Sitzung des Senats der Stadt Rendsburg vom 9. Januar 1967, StA Rendsburg, Städtepartnerschaft Vierzon F 636 Bd. 2.

137 Vgl. Schreiben Bürgermeister von Rendsburg an den Bürgermeister von Vierzon vom 8. März 1967, StA Rendsburg, Städtepartnerschaft Vierzon F 636 Bd. 2.

138 Beisenkötter nahm in einem Schreiben Bezug auf eine Information Micourauds, dass die Verantwortlichen im Rathaus von Vierzon den Eingang der diversen Schreiben aus Rendsburg „nicht verzeichnen konnten“; Schreiben Bürgermeister von Rendsburg an Fernand Micouraud, Adjoint délégué du Maire vom 8. April 1969, StA Rendsburg, Städtepartnerschaft Vierzon F 636 Bd. 2.

139 Siehe die Auflistung der Briefe an Dr. Mérigot im Schreiben Bürgermeister von Rendsburg an Fernand Micouraud, Adjoint délégué du Maire vom 8. April 1969. Dieser Brief an Micouraud blieb ebenso unbeantwortet wie zwei Antwortschreiben zu Protesten, in denen sich Beisenkötter unter anderem darüber beklagte, dass die übersandten Resolutionen von falschen Fakten ausgingen; vgl. Schreiben Bürgermeister von Rendsburg an Fernand Micouraud, Adjoint délégué du Maire vom 9. Januar 1968; sowie Schreiben Bürgermeister von Rendsburg an Fernand Micouraud, Adjoint délégué du Maire vom 27. Februar 1968, StA Rendsburg, Städtepartnerschaft Vierzon F 636 Bd. 2.

140 Wörtlich schrieb er: „Falls die Stadt Vierzon nicht mehr an einer Fortsetzung des Freundschaftsverhältnisses interessiert sein sollte, wäre ich dankbar, wenn mir, anstatt sich einfach in Schweigen zu hüllen, diese Tatsache offen mitgeteilt würde.“ Schreiben Bürgermeister von Rendsburg an Fernand Micouraud, Adjoint délégué du Maire vom 8. April 1969, StA Rendsburg, Städtepartnerschaft Vierzon F 636 Bd. 2.

auch dieser Brief unbeantwortet blieb,¹⁴¹ setzte eine Phase absoluter Funkstille zwischen den Stadtverwaltungen ein, die bis nach den französischen Kommunalwahlen 1971 anhielt. Nach der Wahl, aus der erneut eine von Mériqot angeführte Linksunion als Sieger hervorging, übertrug der im Amt bestätigte Bürgermeister dem Sozialisten Roger Faletto die Zuständigkeit für die Städtepartnerschaften. Insbesondere dessen Engagement ist es zu verdanken, dass eine *Relance* der Beziehungen zwischen Rendsburg und Vierzon gelang und die Partnerschaft ab den frühen 1970er Jahren eine neue Blütezeit erlebte.¹⁴²

Fazit und Ausblick

Ab 1954 führte die HIAG über einen Zeitraum von rund zehn Jahren alljährlich in Rendsburg stets nach demselben Muster ihre Treffen durch: mit Schweigemarsch, mit politischen Forderungen und der konsequenten Pflege des Mythos: „Die Waffen-SS leistete heeresgleichen Dienst und hatte mit den SS-Verbrechen nichts zu tun“. Die Teilnehmer schwelgten in alten Zeiten und betrieben Kameradschaftspflege. Dagegen regte sich nur ein laues Lüftchen des Protests – am ganz linken Rand in Westdeutschland und in der jungen DDR mit ihrem antifaschistischem Gründungsmythos. In der frühen Bundesrepublik konnte sich die HIAG dagegen über die Unterstützung von CDU, SPD und FDP – somit der drei wichtigsten Parteien jener Zeit – freuen, die mit Mandatsträgern auf den Treffen zu Gast waren und die politischen Forderungen der HIAG bereitwillig unterstützten.

Erst im Zuge der in der Bundesrepublik, in der DDR und im Ausland aufflammenden Debatten über die „braunen“ Eliten in Westdeutschland und die bestehenden nationalsozialistischen Kontinuitäten gelangten die HIAG-Treffen zunehmend in den Fokus einer kritischen Öffentlichkeit. Neben vereinzelt Protesten vornehmlich aus dem Ausland war es in Rendsburg selbst vor allem die junge Generation, die sich ab 1964 mit den HIAG-Treffen auseinandersetzte und kritische Fragen stellte. Die Debatten waren – im Sinne einer prä-68er Auseinandersetzung – geprägt von der Deutungshoheit der Vergangenheit von 1933 bis 1945. Die zunehmende Intensität der Debatten auf der Makroebene beeinflusste maßgeblich die Diskurse und gab den Auseinandersetzungen um die HIAG-Treffen weiteren Auftrieb. Sie erreichten die Mitte Gesellschaft, was vor allem durch den massiven gewerkschaftlichen Protest gegen das HIAG-Treffen 1965 und die zunehmend kritische Haltung der SPD gegenüber der HIAG deutlich wird.

Gleichzeitig gaben die Auseinandersetzungen um die HIAG den großen Debatten auf der Makroebene weitere Nahrung: Medien in West und Ost berichteten ausführlich über die „Treffen der Waffen-SS“ in Rendsburg – der eigentlich lokale Konflikt erfuhr eine immense internationale Öffentlichkeit – und förderten in Europa und darüber hinaus die Diskussionen über die vergangenheitspolitischen Versäumnisse Westdeutschlands und insbesondere Schleswig-Holsteins, über die Rolle der NS-Eliten im bundesdeutschen Staatsapparat und in der Bundesregierung und verhalfen in einer Zeit, in der die gerade gegründete NPD von Erfolg zu Erfolg eilte, dem wiederauferstandenen politischen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik zu weiterer Aufmerksamkeit.

141 Vgl. Schreiben Bürgermeister von Rendsburg an Maurice Caron vom 14. Juli 1969, StA Rendsburg, Städtepartnerschaft Vierzon F 636 Bd. 2.

142 Dazu ausführlich das Kapitel II. 3.1.3. In: Dierkes: *Ménage*.

Für die politisch Verantwortlichen und auch für viele Rendsburger Bürger war es bitter, dass sich die beschauliche Kreisstadt international den zweifelhaften Ruf erwarb, eine „Hochburg der Waffen-SS“ im „Nazi-Dorado“ Schleswig-Holstein zu sein. Schließlich hatte Rendsburg sich schon früh der Völkerverständigung verschrieben: durch aktive Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft Europastraße 3 und durch Städtefreundschaften mit Lancaster in Großbritannien, Aalborg in Dänemark sowie eine Städtepartnerschaft mit dem französischen Vierzon. Letzteres Bündnis geriet über die massiven Auseinandersetzungen um die „Waffen-SS“ in schwere Fahrwasser und überlebte eher trotz und nicht wegen des Agierens der beiden Rathäuser und ihrer Chefs, das mitunter äußerst ungeschickt war.

Um seinen weltweit ramponierten Ruf aufzupolieren, bewarb sich Rendsburg 1968 für die Europafahne.¹⁴³ Die begehrte Auszeichnung des Europarates würdigte „stetiges Bemühen um Völkerverständigung“¹⁴⁴ und erfreute sich einer hohen Zahl an Bewerbern. Obwohl Beisenkötter nichts dem Zufall überließ und seine guten internationalen Kontakte nutzte, sollte es noch einige Jahre dauern, bis die erhoffte Nachricht aus Straßburg eintraf: Am 6. Oktober 1972 überreichte der österreichische Nationalratsabgeordnete Dr. Alois Leitner der Stadt Rendsburg in Anwesenheit von Delegationen aus Aalborg, Lancaster und Vierzon die Europafahne und unterstrich, „[d]ie Stadt der Brücken habe ihre regionale Brückenfunktion zu einem verbindenden Wirken genutzt.“¹⁴⁵ Die Episode belegt: Rendsburg gelang es mit Hilfe der Zeit, seinen berüchtigten Ruf als „Hochburg der Waffen-SS“ vergessen zu machen und auch dank der symbolträchtigen Auszeichnung des Europarats aus der „braunen Schmutzlecke“ herauszufinden.

143 Dazu ausführlich das Kapitel II. 3.1.3. In: Dierkes: Ménage.

144 Vgl. Schreiben RGE, Deutsche Sektion, Geschäftsführender Präsident Muntzke, an den Bürgermeister von Rendsburg vom 5. Februar 1968, StA Rendsburg, F 231 Europafahne 1967–73.

145 (wg): Der Weg nach Europa geht über die Gemeinden, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 9. Oktober 1972.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Literaturverzeichnis

- Assmann, Aleida: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention. 2. Aufl., München 2016.
- Bussemer, Thymian/Camman, Alexander (Hrsg.): Freiheitsrechte durchsetzen, Grundrechte einfordern, in Freiheit leben. Der Humanistischen Union zum 40. Gründungsjubiläum. Berlin 2001.
- Danker, Uwe/Lehmann-Himmel, Sebastian (Hrsg.): Landespolitik mit Vergangenheit. Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive. Husum 2017.
- Danker, Uwe/Schwabe, Astrid: Volksgemeinschaft in der Region. Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus. Husum 2022.
- Dierkes, Jürgen: „Ménage à trois“ im Ost-West-Konflikt: Städtepartnerschaften zwischen westdeutschen, französischen und ostdeutschen Kommunen von den 1950er Jahren bis zum Fall der Mauer. Stuttgart, im Erscheinen.
- Frei, Norbert: Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt/New York 2001.
- Frei, Norbert: Hitlers Eliten nach 1945 – eine Bilanz. In: Frei, Norbert: Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt/New York 2001, S. 303–335.
- Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Bonn 2014.
- Jesse, Eckhard: Das Auf und Ab der NPD. In: APuZ 42 (2005), S. 31–38.
- Kielmannsegg, Peter Graf: Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Berlin 1989.
- Kittel, Manfred: Die Legende von der „Zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer. Berlin/Frankfurt 1993.
- Kohlsche, Andreas: Wählerverhalten und Sozialstruktur in Schleswig-Holstein und Hamburg 1947–1983. Opladen 1985.
- Manig, Bert-Oliver: Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2004.
- Pendas, Devin Owen: The Frankfurt Auschwitz Trial, 1963–1965: Genocide, History, and the Limits of the Law. Cambridge 2006.
- Pfeil, Ulrich: Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen. Köln 2004.
- Pfeil, Ulrich: Rendsburg – Vierzon – Bitterfeld. Ein Fallbeispiel deutsch-französischer Städtepartnerschaften im Kalten Krieg. In: Unverhau, Henning (Hrsg.): Zeitschrift für Schleswig-Holsteinische Geschichte 129 (2004), S. 141–161.
- Seggern, Jessica von: Alte und neue Demokraten in Schleswig-Holstein. Demokratisierung und Neubildung einer politischen Elite auf Kreis- und Landesebene 1945 bis 1950. Stuttgart 2005.
- Weiß, Hermann: Alte Kameraden von der Waffen-SS. Ist die HIAG rechtsextrem?. In: Wolfgang Benz: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen. Aktual. Neuauflage, Frankfurt 1993, S. 202–212.

- Westermeier, Jens: „Soldaten wie andere auch!“ Der Einfluss von SS-Veteranen auf die öffentliche Wahrnehmung der Waffen-SS. In: Jan Erik Schulte/Michael Wildt (Hg.): Die SS nach 1945. Entschuldungsnarrative, populäre Mythen, europäische Erinnerungsdiskurse. Göttingen 2018, S. 271–288.
- Wilke, Karsten: Die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ (HIAG) 1950–1990. Veteranen der Waffen-SS in der Bundesrepublik. Paderborn u. a. 2011.
- Wilke, Karsten: Veteranen der Waffen-SS in der frühen Bundesrepublik. Aufbau, gesellschaftliche Einbindung und Netzwerke der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“. In: Jan Erik Schulte/Michael Wildt (Hrsg.): Die SS nach 1945. Entschuldungsnarrative, populäre Mythen, europäische Erinnerungsdiskurse. Göttingen 2018, S. 75–97.
- Wilke, Karsten: Die Waffen-SS. Deutungsmuster der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ (HIAG) und andere Apologien. In: Martin Langebach/Michael Sturm (Hrsg.): Erinnerungsorte der extremen Rechten. Wiesbaden 2015, S. 157–175.
- Wilke, Karsten: Geistige Regeneration der Schutzstaffel in der frühen Bundesrepublik? Die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS“ (HIAG). In: Jan Erik Schulte (Hrsg.): Die SS, Himmler und die Wewelsburg. Paderborn u. a. 2009, S. 433–448.

Quellenverzeichnis

Veröffentlichte Quellen: Presse, Agenturmeldungen

- ADN: Empörendes SS-Treffen, Neues Deutschland vom 26. Oktober 1964.
- ADN: Gegen Knorr-Prozeß, Neues Deutschland vom 04. Mai 1964.
- ADN: Helmut Schmidt grüßte die SS, Neues Deutschland vom 30. Oktober 1965.
- ADN: SS-Aufmarsch in Rendsburg, Neues Deutschland vom 22. Oktober 1962.
- ADN-Korr./ND: Naziopfer rufen Öffentlichkeit zum Protest gegen Hetzkundgebungen auf, Neues Deutschland vom 19. April 1964.
- ADN-Korr./ND: Verjährungsproteste aus England, Neues Deutschland vom 12. April 1965.
- ADN/ND: Rasner fordert Posten für SS-Angehörige, Neues Deutschland vom 23. September 1958.
- ADN/ND: Revanchegeschrei im Auftrage Bonns, Neues Deutschland vom 31. Oktober 1961.
- ADN/ND: SS macht Führungsansprüche geltend, Neues Deutschland vom 1. Oktober 1957.
- dpa: hiag-treffen verlief ruhig, dpa 195 id, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- dpa: keine vorzensur durch hiag, dpa 177 id, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- dpa: liberaler studentenbund kritisiert hiag-treffen, dpa 80 id, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- DSK: Eksekutioner, Rensborg, Dönitz, Flensburg Avis vom 12. November 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- DSK: Resolution zu Hinrichtungen, Rendsburger SS-Treffen und Dönitz, Südschleswig'sche Heimatzeitung vom 13. November 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.

- (eg): HIAG-Diskussion geht weiter, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 22. September 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- (G): HIAG verzichtet auf den Schweigemarsch, Kieler Nachrichten vom 20. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- (G): Von Gewaltverbrechen distanziert, Kieler Nachrichten vom 25. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- (G): Waffen-SS will nur ihr Recht, Kieler Nachrichten vom 26. Oktober 1964, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- (hn): Die Demonstration des Schweigemarsches, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 8. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- (hpj): „Scham über die Verbrechen“, Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 25. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- (hr): I det hyggelige Rendsborg, Ny Tid vom 31. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- Landtagsinformationssystem Schleswig Holstein: Eisenmann, Otto, <http://lissh.lvn.ltsh.de/cgi-bin/starfinder/0?path=samtflmore.txt&id=fastlink&pass=&search=ID%3D1371&format=WEBVOLLANG> (zuletzt aufgerufen: 29.05.2023).
- Leserbriefseite „Wir JUNGEN schreiben“: Die HIAG-Diskussion geht weiter, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 14. November 1964, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- (Ino): Britischer Protest gegen HIAG-Treffen in Rendsburg, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 19. Oktober 1964, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- Ino: bundessprecher: hiag will soldatenehre wiederherstellen, Ino 59/15, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- Ino: hiag-treffen verlief ruhig, Ino 73, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- Ino: hiag verzichtet auf totenehrung mit trommelwirbel, Ino 61/15, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- (Iz): Völlig ruhiger Verlauf des HIAG-Treffens, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 25. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- Municipalité de Vierzon: La municipalité proteste contre la rencontre des anciens Waffen SS à Rendsburg, Le Berry Républicain vom 28. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- Municipalité de Vierzon: Les relations amicales nouées il y a 6 ans entre Vierzon et Bitterfeld ville de la République Démocratique Allemande se poursuivent, Bulletin Municipal de Vierzon, November 1965, AM Vierzon.
- Municipalité de Vierzon: VIERZON RENDSBURG, Bulletin Municipal de Vierzon, November 1965, AM Vierzon.
- Nellessen, Bernd: Es war nicht nur der Sepp Dietrich da..., Die Welt vom 26. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- O. V.: Alte SS-Kameraden til møde og festlig dans, Berlingske Tidende vom 25. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- O. V.: „Badenweiler“-toner til Rendsborg-mødet, Jydske Tidende vom 26. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- O. V.: Briten protestieren, Kieler Nachrichten vom 22. Oktober 1964, StA Rendsburg, F 262

- HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- O. V.: Einsicht und Verständnis wachsen!, *Der Freiwillige*, November 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- O. V.: Eisenmann bedauert „Fehlentscheidung“, *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 10. September 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- O. V.: Jetzt HIAG-Arbeitskreis, *Schleswig-Holsteinische Landeszeitung* vom 23. Januar 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- O. V.: Klare Verhältnisse schaffen, *Schleswig-Holsteinische Landeszeitung* vom 21. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- O. V.: Rendsburg die Hochburg?, (Leserbrief-)Seite „Wir JUNGEN schreiben“: Die HIAG-Diskussion geht weiter, *Schleswig-Holsteinische Landeszeitung* vom 14. November 1964, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- O. V.: „Schluß mit Diffamierung der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS“, *Schleswig-Holsteinische Landeszeitung* vom 12. Oktober 1968, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- O. V.: Sie wollen weiter marschieren..., *Zeitung der IG Metall für die BR Deutschland* vom 2. November 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- O. V.: So wählten die 44 Wahlkreise, *Schleswig-Holsteinische Landeszeitung* vom 24. April 1967, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- O. V.: Stævnet i Rendsborg, *Flensborg Avis* vom 26. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- O. V.: Une ombre dans nos relations avec nos villes jumelées : La montée du nazisme en Allemagne fédérale, *Bulletin Municipal de Vierzon*, Mai 1968, AM Vierzon.
- O. V.: Waffen-SS der früheren Wehrmacht gleichstellen, *Schleswig-Holsteinische Landeszeitung* vom 8. Oktober 1968, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- O. V. / AP: German SS Veterans Rally Amid Protests, *The Miami News* vom 25. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- O. V./dpa: SPD: Erfreuliche Distanzierung, *Schleswig-Holsteinische Landeszeitung* vom 28. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- Pressestimmen zum Nordmarktreffen der HIAG in Rendsburg, *Der Freiwillige*, Nr. 11, November 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- Schäfer, Willy/Drucklieb, Hans/HIAG Schleswig-Holstein: HIAG nimmt Europa ernst, *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 1. Oktober 1966, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- Semper: „Kammerater af i går, men statsborgere af i dag“, *Flensborg Avis* vom 25. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- Senat der Stadt Rendsburg: Vom Staat zugelassene Vereinigung. Erklärung des Rendsburger Senats zum HIAG-Treffen, *Schleswig-Holsteinische Landeszeitung* vom 20. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- Shabecoff, Philip: Nazi SS Veterans Cheer Former General at Meeting, *New York Times* vom 25. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- (SIB): HIAG soll Stellung nehmen, *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* vom 21. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- Sinnhuber, Rudolf: Schlußfolgerung geradezu grotesk, (Leserbrief-)Seite „Wir JUNGEN schrei-

- ben“: Die HIAG-Diskussion geht weiter, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 14. November 1964, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- Strothmann, Dietrich: Sepp Dietrich saß auf der Empore, Die Zeit vom 29. Oktober 1965, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- upi: ss in rundumverteidigung, upi 65 inland, upi 67 inland, upi 69 inland, upi 71 inland, StA Rendsburg, F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–68.
- (wg): Der Weg nach Europa geht über die Gemeinden, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 9. Oktober 1972, F 231 Europafahne 1967–73.
- (ze): „Waffen-SS leistete heeresgleichen Dienst“, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 26. Oktober 1964.

Rechtsquellen

- Satzung der HIAG Schleswig-Holstein
Satzung der HIAG Bundesverbindungsstelle

Nichtveröffentlichte Quellen – Archive

- Stadtarchiv Rendsburg (StA Rendsburg):
F 231 Europafahne 1967–1973.
F 262 HIAG „Sonderakte“ 1954–1968.
F 636 Städtepartnerschaft Vierzon Bd. 1 u. Bd. 2.
Rep-E 216 bis Rep-E 245a Europastraße
- Archives Municipales de Vierzon (AM Vierzon):
Bulletin Municipal